

Inhaltsverzeichnis

1.
2. MSLGROUP
3. Siegmur Mosdorf
4. Ludwig-Erhard-Stiftung
5. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen
6. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
7. Businessseurope
8. Wirtschaftsrat der CDU
9. Transatlantic Policy Network
10. European Policy Centre
11. DaimlerChrysler
12. Hermann Otto Solms
13. Christine Scheel

CNC Communications & Network Consulting

Die **CNC Communication & Network Consulting AG** (CNC) ist eine international tätige PR-Agentur. 2018 schlossen sich CNC und die Kommunikationsberatung Kekst unter der neuen Firmenbezeichnung **Kekst CNC** zusammen. Kekst CNC ist - wie die beiden Gründungsunternehmen - Mitglied des Netzwerks **MSLGROUP**, das zur **Publicis Groupe** gehört.

CNC Communication & Network Consulting AG (CNC)

Branche	Unternehmensberatung für Kommunikation
Hauptsitz	Leopold-Palais Leopoldstr. 10, 80802 München
Lobbybüro Deutschland	Friedrichstr. 140, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	Rue Froissart 133, 1040 Brüssel
Webadresse	cnc-communications.com

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	2
2 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	3
2.1 Vorstand	3
2.2 Partner und Management Team	3
2.2.1 Büro Berlin	3
2.2.2 Büro Brüssel	4
2.2.3 sonstige Standorte u.a. München, London, Tokio	4
2.3 Expertenrat	4
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	4
4 Fallbeispiele und Kritik	4
4.1 2003-2011: Aktiv für die Initiative Finanzstandort Deutschland	4
5 Weiterführende Informationen	5
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
7 Einzelnachweise	5

Kurzdarstellung und Geschichte

Die CNC AG wurde im Jahr 2002 in München gegründet und eröffnete in der Folgezeit Repräsentanzen u.a. in Berlin, Brüssel, London und Paris sowie im asiatischen Raum. Insgesamt betreibt sie mittlerweile 9 dieser Büros mit circa 100 Mitarbeitern. 2012 wurde die CNC AG von der **Publicis Groupe** übernommen und in das Netzwerk der **MSLGROUP** integriert, welche zu den führenden PR-Agenturen weltweit gezählt wird.

Die CNC AG hat seit 2002 mehr als 100 Transaktionen mit einem Gesamtvolumen von 175 Mrd. Euro begleitet. Außerdem ist sie seit 2005 Marktführer bei Börsengängen mit über 25 Börsengängen im Prime-Standard der Deutschen Börse. Seit ihrer Gründung 2002 betreuen sie rund 750 Mandanten, darunter befindet sich die Hälfte aller DAX-30 Unternehmen.^[1]

Zu ihren Leistungen zählen:

- Unternehmenskommunikation und Reputationsmanagement
- Finanzkommunikation und Investor Relations
- Public Affairs und Public Communications
- Kommunikation bei Krisen und Sondersituationen
- Change Kommunikation
- Rebranding und Marketingkommunikation
- Digital Communications und Social Media^[2]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Vorstand

- Dr. Christoph Walther (CEO/Gründer)
- Xander Heijnen (COO)
- Bernhard Meiser (CFO)^[3]

Partner und Management Team

Auswahl an Partnern und Mitgliedern des sogenannten Management Teams nach ihren Standorten geordnet:

Büro Berlin

- Helmut Kranzmaier

Kranzmaier arbeitete vor seinem Einstieg bei CNC fünfzehn Jahre in diversen Managementposten der Deutschen Bank. Davon unter anderem 10 Jahre im Mittelstandsgeschäft und Investmentbanking, desweiteren als persönlicher Mitarbeiter des Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden, für den er Mandats- und Aufsichtsratsangelegenheiten verantwortete (betreute unter anderem das Büro des Bundesbeauftragten für Auslandsinvestitionen).

- [Siegmar Mosdorf](#)

Mosdorf ist ehemaliger SPD-Politiker und war von 1990 bis 2002 Mitglied im Bundestag. Außerdem war er von 1998-2002 parlamentarischer Staatssekretär beim [Bundeswirtschaftsministerium](#). Er ist Mitglied in diversen Organisationen und Netzwerken, unter anderem in der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), im Beirat des Transatlantikforums der Herbert Quandt-Stiftung oder in der "Reformkommission Soziale Marktwirtschaft", die u.a. von der Bertelsmann Stiftung und der Ludwig-Erhard-Stiftung finanziert wird. Außerdem ist er im Vorstand der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) sowie der Carlo-Schmid-Stiftung. Desweiteren war er als Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#) tätig.

- Otto Fricke

Fricke (FDP) war von 2002-2013 Mitglied des Bundestags. Dort war er von 2005-2009 Vorsitzender des Haushaltsausschuss und in der anschließenden Legislaturperiode parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.^[4]

Büro Brüssel

- Dr. Hanns R. Glatz

Glatz war von 1988-2009 Bevollmächtigter des Vorstands der Daimler AG und Leiter der Repräsentanz für Europaangelegenheiten in Brüssel. Außerdem war er bis Oktober 2009 Leiter der US-Arbeitsgruppe von [BusinessEurope](#). Desweiteren ist er Ehrevorsitzender des Landesverbands Brüssel des [Wirtschaftsrat der CDU](#), ehemaliger Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses von [Transatlantic Policy Network](#) (TNP) sowie ehemaliger Generalsekretär des damaligen Europäischen Dachverbands der nationalen Automobilherstellerverbände. Mitglied ist er im Advisory Board des [European Policy Centre](#) (EPC)

sonstige Standorte u.a. München, London, Tokio

- Christoph Walter (zuvor Head of Communications von [DaimlerChrysler](#), davor Leiter Communications bei [Reemtsma](#) Cigarettenfabriken, seit 2001 Lehrauftrag für Corporate Communications bei [INSEAD](#))
- Bernhard Meising (zuvor Geschäftsführer von Unternehmensberatung Citigate Dewe Rogerson Deutschland)
- Xander Heijnen (zuvor Executive Assistant des Senior Vice President Global Communications & Corporate Secretary bei [DaimlerChrysler](#))
- Roland Klein (Mitbegründer - zuvor Vorstandsmitglied für PR und Investor Relations bei Ericsson)
- Dr. Jochen Legewie (zuvor Leitung weltweite Unternehmenskommunikation für Mitsubishi Motors Corporation) ^[5]

Expertenrat

- [Dorothee Bär](#) (CSU), MdB
- [Hermann Otto Solms](#) (FDP), MdB
- [Carsten Schneider](#) (SPD), MdB, Entgeltliche Tätigkeit: Beratung 2009: Stufe 3^[6]
- [Christine Scheel](#) (Grüne), MdB,

Quelle: Deutscher Bundestag, Abgeordnete, Biografien.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Fallbeispiele und Kritik

2003-2011: Aktiv für die Initiative Finanzstandort Deutschland

Nach Recherchen von Alexander Dill hat an der Gründung der [Initiative Finanzstandort Deutschland](#) (IFD) auch die CNC Communications & Network Consulting in Person von [Siegmar Mosdorf](#) mitgewirkt. Die CNC war seit dem 16.12.2005 12.21 Uhr Domaininhaberin von www.finanzstandort.de, der Internetpräsenz der IFD. Dabei handelte sie keineswegs als Dienstleisterin im Auftrag der IFD, sondern als aktives Mitglied.

Weder die Initiative, noch Siegmar Mosdorf sind aber damit je aktiv an die Öffentlichkeit getreten.^[7]

Weiterführende Informationen

- [Startseite - CNC - Strategische Unternehmenskommunikation](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Zahlen & Fakten - CNC - Strategische Unternehmenskommunikation](#), cnc-communications.com, abgerufen am 03.02.2014
2. ↑ [Unternehmen - CNC - Strategische Unternehmenskommunikation](#), cnc-communications.com, abgerufen am 03.02.2014
3. ↑ [Management - CNC - Strategische Unternehmenskommunikation](#), cnc-communications.com, abgerufen am 03.02.2014

4. ↑

Otto Fricke wird neuer CNC-Partner in Berlin

München/Berlin, 31. Januar 2014 - Otto Fricke (48) wird neuer Partner der Communications & Network Consulting AG (CNC). Ab 10. März wird Otto Fricke neben Siegmars Mosdorf und Helmut Kranzmaier neuer Partner im Berliner Büro von CNC, einer international führenden Unternehmensberatung für strategische Kommunikation. Mit Otto Fricke kann CNC am Standort Berlin insbesondere die Kompetenz und das Netzwerk im Bereich Public Affairs deutlich ausweiten. Schwerpunkte des Berliner Büros sind neben Public Affairs auch die Positionierung von Unternehmen, Themen der Finanzkommunikation (insbesondere Transaktionen) sowie die Unterstützung in Krisensituationen.

Fricke hatte als Mitglied der FDP Bundestagsfraktion von 2002 - 2013 viele wichtige Ämter inne, darunter Vorsitzender des Haushaltsausschusses von 2005 bis 2009 und Parlamentarischer Geschäftsführer. Seit 2009 war Fricke, der fließend holländisch spricht, auch Vorsitzender der deutsch-niederländischen Parlamentariergruppe des Bundestages. Derzeit ist er noch Liquidator für die ausgeschiedene FDP Fraktion. Der dreifache Familienvater ist seit 1995 auch als Rechtsanwalt in seiner Heimatstadt Krefeld-Uerdingen tätig.

Christoph Walther, CEO und Gründer der CNC AG: „Wir kennen Otto Fricke seit Jahren und wissen, dass er ein über die Parteigrenzen hinweg hoch anerkannter und geschätzter Politiker ist. Seine menschliche Gradlinigkeit, sein unternehmerisches Denken und sein breiter Erfahrungsschatz als Parlamentarier sind eine ideale Ergänzung für unsere Beratung.“

Otto Fricke: „Mit dem Schritt in die Strategische Beratung kann ich nach elf Jahren im Deutschen Bundestag dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis an der Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft zu fördern. Auf diesem stark wachsenden Feld der Politik- und Kommunikationsberatung geht es weniger um richtig oder falsch sondern vielmehr um besser oder schlechter. CNC hat wegen seiner Expertise einen hervorragenden Ruf und ist mit seiner globalen Aufstellung im Publicis-Verbund bestens positioniert, diesen Bedarf zu decken.“

Kontakt

CNC AG
Thomas Empt
Managing Director und Unternehmenssprecher
T: +49 89 599 458 - 0 | E: thomas.empt@cnc-communications.com

- , Pressemitteilung cnc-communications, abgerufen am 21.05.2014
5. ↑ [Management - CNC - Strategische Unternehmenskommunikation](#), cnc-communications.com, abgerufen am 03.02.2014
 6. ↑ [Lebenslauf Carsten Schneider](#)
 7. ↑ [Das plötzliche Verschwinden der Initiative Finanzstandort Deutschland](#) Telepolis vom 07.07.2011, abgerufen am 06.03.2013

MSLGROUP

Die **MSLGROUP** ist Teil der **Publicis-Gruppe**, zu der auch **Leo Burnett** und **Saatchi & Saatchi** gehören. Das Unternehmen, mit Sitz in Paris, zählt zu den weltweit größten **PR-Agenturen**.

^[1] Die Agentur ist in Deutschland vor allem für die begleitende Kommunikation der Shell-Jugendstudie bekannt.^[2]

Die MSLGROUP organisiert die Kampagne des **Bundesverband der Deutschen Industrie** (BDI) für das Freihandelsabkommen **Transatlantic Trade and Investment Partnership** (TTIP).^{[3][4]}

Um die Beratung kümmern sich MSL-Chef Salazar und Etatdirektorin Jessica Rusch, für die Kreation ist Hans Burmeister verantwortlich.

MSLGROUP	
Rechtsform	Subsidiary
Tätigkeitsbereich	Public Relations, Lobbying, Events
Gründungsdatum	1938
Hauptsitz	Paris
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue des Gaulois 18, 1040 Brussels
Webadresse	mslgroup.com

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	8
2 Organisationsstruktur und Personal	8
3 Finanzen	9
4 Lobbystrategien und Einfluss	9
5 Fallstudien und Kritik	9
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
7 Einzelnachweise	9

Kurzdarstellung und Geschichte

- 1938 Gründung von MSL Worldwide als Agentur für strategische Beratung
- 1982 MSL Germany wird am deutschen Markt tätig

Organisationsstruktur und Personal

Global:

- Olivier Fleurot, CEO

Deutschland:

- Wigan Salazar, CEO
- Axel Wallrabenstein, Chairman

Finanzen

Der Umsatz der Organisation aus der Lobbyarbeit, die für die Klienten bei den EU-Organen getätigt wurde, betrug im Geschäftsjahr 01/2012-12/2012 nach Angaben im EU-Transparenzregister zwischen 700000 €. Größte Kunden der Agentur waren dabei Pokerstars und Industrievärden.^[5]

Lobbystrategien und Einfluss

Auf der [Webseite](#) des Unternehmens finden sich ausgewählte Beispiele zu Kampagnen. Unter dem Titel „Inside Brussels“ äußern sich bei der MSLGROUP monatlich Mitarbeiter_innen zu aktuellen Themen der europäischen Politik.^[6]

Fallstudien und Kritik

- Im August 2000 wurde MSL von der US-Army engagiert, um den Start der neuen Kampagne *Army of one* durchzuführen. Unter anderem sollte die Kampagne die breiten Karrieremöglichkeiten in der US-Army betonen.^{[7][8]}

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Top 10](#), abgerufen am 11.12.2013
2. ↑ [Gewinner: MSLGROUP Germany für Shell Deutschland](#), Meldung auf der Webseite von MSL Germany, abgerufen am 29.04.2014
3. ↑ [BDI und MSL Group trommeln für Freihandelsabkommen](#), Horizont, 2. Oktober 2015, Webseite horizon, abgerufen am 08. 12. 2015
4. ↑ [Die deutsche Industrie engagiert sich für ein starkes TTIP](#), 18. September 2015, Webseite VCI, abgerufen am 08. 12. 2015
5. ↑ [Eintrag zur MSLGROUP im Transparenzregister der EU](#), abgerufen am 11.12.2013
6. ↑ [MSL:Insights](#), abgerufen am 11.12.2013
7. ↑ [Profil von Michael King](#) qorvis.com, abgerufen am 29.04.2014
8. ↑ [An Army of One](#) <http://www.holmesreport.com>, abgerufen am 29.04.2014

Siegmar Mosdorf

Siegmar Mosdorf (*29. Januar 1952 in Erfurt), Partner der PR-Agentur [CNC Communications & Network Consulting](#), ehemaliger SPD-Politiker, Staatssekretär a.D., ehemaliger Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	10
2 Verbindungen / Netzwerke	10
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
4 Einzelnachweise	11

Karriere

- seit März 2002 Partner der PR-Agentur [CNC Communications & Network Consulting](#)
- 2004-2006 Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen
- 10/1998-03/2002 Parl. Staatssekretär beim [Bundeswirtschaftsministerium](#) (Kabinett Schröder), in dieser Zeit auch Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt
- 01/1996-10/1998 Vorsitzender der Enquete-Kommission "Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die Transformationsgesellschaft"
- 1990-2002 Mitglied des Bundestags
- 1978-1982 Angestellter bei der IG Metall
- Studium an der Universität Konstanz

Quellen: ^[1], ^[2]

Verbindungen / Netzwerke

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Stellv. Vorsitzender
- [Carlo-Schmid-Stiftung](#), Vorsitzender
- [Friedrich-Ebert-Stiftung](#), Mitglied des Managerkreises
- [ifo Institut](#), Mitglied des Kuratoriums
- Transatlantikforum der [Quandt-Stiftung](#), Mitglied des Beirats
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- Mitglied der "Reformkommission Soziale Marktwirtschaft", finanziert von der [Bertelsmann Stiftung](#), der [Heinz Nixdorf Stiftung](#) und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Deutsch-Britische Gesellschaft, Mitglied des Vorstands
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), ehem. Botschafter
- Aufsichtsratsmandate
 - Börsenverein des Deutschen Buchhandels Beteiligungsgesellschaft mbH (BBG)
 - 1999 - 2003 DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH
 - 11/2008-08/2009 [Hypo Real Estate](#)
 - Skytec AG, ehemaliges Mitglied des Aufsichtsrat

Quelle: ^[3]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Deutscher Bundestag Abgeordnete](#)
2. ↑ [Profil Siegmur Mosdorf auf der Webseite von CNC](#), abgerufen am 05. 10. 2014
3. ↑ [Deutscher Bundestag Abgeordnete](#) und Websites der erwähnten Organisationen

Ludwig-Erhard-Stiftung

Die **Ludwig-Erhard-Stiftung** wurde 1967 durch den früheren Bundeskanzler **Ludwig Erhard** gegründet. Nach eigenen Angaben hat sie die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Sie ist personell mit wirtschaftsnahen Netzwerken und Denkfabriken verbunden, mit denen sie auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Hierzu gehört der [Wirtschaftsrat der CDU](#), dessen Präsidiumsmitglied Roland Koch Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung ist.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Rechtsform	e.V.
Tätigkeitsbereich	Verbreitung marktliberaler Ideen
Gründungsdatum	1967
Hauptsitz	Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.ludwig-erhard-stiftung.de

Inhaltsverzeichnis

1 Fallstudien und Kritik	12
1.1 Streit um den Vorsitzenden Roland Tichy	12
1.2 "Türöffner" für Google zu Regulierungsinstanzen	12
2 Aktivitäten	12
3 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Stiftung	13
4 Organisationsstruktur und Personal	13
4.1 Vorstand und Geschäftsführung	13
4.2 Mitglieder	14
5 Jenaer Allianz (zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft)	14
6 Weitere Kooperationen	15
7 Nähe zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	15
8 Finanzen	15
9 Zitate von Müller-Armack	15
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16

Fallstudien und Kritik

Streit um den Vorsitzenden Roland Tichy

Laut „Handelsblatt“ hat es der frühere CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) 2018 abgelehnt, den von der Stiftung vergebenen Ludwig-Erhard-Preis anzunehmen, weil er nicht mit dem damaligen Stiftungsvorsitzenden [Roland Tichy](#) auf einer Bühne auftreten wollte.^{[1][2]} Vier Mitglieder der Jury seien ausgetreten und hätten Tichy aufgefordert, die Arbeit in der Stiftung besser von seiner publizistischen Tätigkeit zu trennen. Tichy betreibt den Blog „Tichy’s Einblick“, der von Kritikern als rechtspopulistisch bezeichnet wird.

"Türöffner" für [Google](#) zu Regulierungsinstanzen

Am 10. September 2015 veranstaltete die Ludwig-Erhard-Stiftung ein Roundtable-Dinner mit [Google](#)-Chefökonom Hal Varian zum Thema "Digitale Märkte und Wettbewerb am Beispiel von Google".^[3] Von Google nahmen die folgenden weiteren Vertreter - zum Großteil Lobbyisten - teil: Ralf Brenner (Communications and Public Affairs Manager), Arnd Haller (Director, Leiter der Rechtsabteilung, NACE), Julia Holtz (Director, Competition), Sonia Khan (Public Policy & Government Relations, Google Deutschland), Lutz Mache (Public Policy and Government Relations Analyst) und Kay Oberbeck (Head of Communications & Public Affairs D/A/CH). Zu den weiteren Teilnehmern gehörten u. a. hochrangige Vertreter der folgenden Regierungsinstitutionen, die für die Regulierung der digitalen Märkte in Deutschland zuständig sind: [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#), [Bundesnetzagentur](#), [Bundeskartellamt](#) und [Nationaler Normenkontrollrat](#). Weiterhin anwesend war Friedrich Thelen, Inhaber des Politikberatungsunternehmens [Thelen Consult](#), das laut seiner Webseite Unternehmen auf dem politischen Parkett vertritt und ihnen auf höchster Ebene Gehör verschafft, wenn auf der unteren Ebene die Bürokratie versagt. Thelen war wie der Stiftungsvorsitzende [Roland Tichy](#) jahrelang bei der "Wirtschaftswoche" tätig und ist Autor von [Tichys Einblick](#).

Aktivitäten

Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Die Stiftung gibt die Vierteljahresschrift [Orientierungen zu Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik](#), das Jugendmagazin [Im Klartext](#) sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über [Ludwig Erhard](#). Zu den Veranstaltungen gehören: [Berliner Kamingespräche](#), [Bonner Wettbewerbsgespräche](#), [Frankfurter Gespräche](#), [Europa Forum](#) (Mitveranstalter: [Wirtschaftsrat der CDU](#)), [Seminare](#) zur Lehrerfortbildung, mit Studierenden der Ökonomie und mit polnischen Hochschullehrern und der [Ludwig-Erhard-Dialog](#). Weiterhin vergibt die Stiftung Preise für Wirtschaftspublizistik sowie für Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft.

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember 1966 trat Erhard von diesem Amt zurück.

Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht eindeutig. Zum Teil wird unter ihr die von Erhard und seinem Staatssekretär Müller-Armack entwickelte wirtschaftspolitische Konzeption verstanden, nach der der Markt zwar im Prinzip als optimales Steuerungsinstrument wirkt, sozial unbefriedigende Marktergebnisse jedoch vom Staat korrigiert werden sollten. Andere verstehen unter Sozialer Marktwirtschaft die sich aus dieser Konzeption im Wege von politischen Kompromissen herausgebildete Realität des Sozialstaats mit wirtschaftlicher Globalsteuerung, einem System der sozialen Sicherung und einer breiten Streuung des Eigentums. In dem auf der Website der Stiftung veröffentlichten „Lebenslauf Ludwig Erhard“ ^[4] wird auf Erhards Überzeugung hingewiesen, dass marktwirtschaftliche Politik jederzeit sorgfältig auf die jeweiligen sozialen Verhältnisse abgestimmt sein müsse. Marktwirtschaft fördere die Effizienz der Wirtschaft. Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft habe dafür zu sorgen, dass sich zugleich mit der Herstellung und Vervollkommnung der marktwirtschaftlichen Ordnung auch die Lage der Bevölkerung verbessere und sich „Wohlstand für alle“ ausbreite. Heute plädierten Wissenschaftler für eine prinzipielle marktwirtschaftliche Politik ohne soziale Rücksichtnahmen. Politiker, die solchen Empfehlungen folgten, spürten jedoch schnell die Grenzen der Belastungsfähigkeit der Bevölkerung.

In den Stellungnahmen der Stiftung finden sich keine Aufforderungen zu sozialer Rücksichtnahme oder gar zu staatlichen sozialen Korrekturen. Vielmehr wird im Einklang mit vielen anderen neoliberalen Denkfabriken und Netzwerken der Markt als Allheilmittel propagiert, den es gilt, mit Privatisierungen und Deregulierungen möglichst weitgehend durchzusetzen. Hans D. Barbier, der langjährige Vorsitzende des Vorstands der Stiftung, hat diesen Gedanken im Hinblick auf die Sozialpolitik wie folgt formuliert: „Die Erfolgsformel einer auch das Soziale bedienenden Wirtschaftspolitik heißt Marktwirtschaft“ ^[5].

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführung

Vorsitzender des Vorstands:

Roland Koch, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#), arbeitet als Anwalt in seiner eigenen Kanzlei in Frankfurt am Main. Er sitzt in einer Vielzahl von Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten großer Unternehmen. U.a. ist er Aufsichtsratsvorsitzender der UBS Europe SE. Koch war hessischer Ministerpräsident und Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE.

Stellvertretende Vorsitzende:

- **Ulrich Blum**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, trat 2011 als langjähriger Präsident des [Institut für Wirtschaftsforschung Halle](#) (IWH) nach Vorwürfen über unzureichende wissenschaftliche Leistung zurück. ^[6] Blum ist ein ehemaliger Unterstützer der [Alternative für Deutschland](#) ^[7]

- Godelieve Quisthoudt-Rowohl ([CDU](#)) war bis 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- Joachim Seeler, Hamburger [SPD](#), Unternehmer und Manager, Partner und geschäftsführender Gesellschafter der Investmentfirma HSP Hamburg Invest
- Linda Teuteberg, Mitglied des Deutschen Bundestags ([FDP](#)), ehem. Generalsekretärin der FDP
- Nicolas Heinen (Schatzmeister), Executive Vice President Group Strategy im Vorstandsstab der Deutschen Börse AG in Frankfurt

Geschäftsführer: Lars Vogel (Stand: Dezember 2020) Quelle: ^[8]

Mitglieder

Die [hier](#) abrufbaren Mitglieder sind zu einem großen Teil Unternehmer/Manager, aktuelle und ehemalige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, dem Wirtschaftsflügel der CDU und der FDP nahestehende Personen sowie marktliberale Professoren und Journalisten.

Prominente Mitglieder sind:

- [Jens Spahn](#) CDU-Politiker, Bundesminister für Gesundheit
- [Friedrich Merz](#), CDU-Politiker, Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Carsten Linnemann, CDU-Politiker, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU/CSU
- [Lars P. Feld](#), Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Frank Schäffler](#), FDP-Politiker, Gründer von [Prometheus](#)
- Jens Weidmann, Präsident [Deutsche Bundesbank](#)
- Andreas Mundt (FDP), Präsident des Bundeskartellamts

(Stand: Dezember 2020)

Jenaer Allianz (zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft)

Die Ludwig-Erhard-Stiftung gehört der 2008 gegründeten [Jenaer Allianz](#) an, einem Kooperationsnetzwerk von Organisationen, Institutionen und Personen, die sich der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft nach neoliberalen Vorstellungen verpflichtet fühlen. Weitere Mitglieder der Jenaer Allianz sind: [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), [Bund Katholischer Unternehmer e.V.](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#), [Institut für Wirtschaftspolitik](#), [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#), [Walter Eucken Institut](#), [Wilhelm-Röpke-Institut](#). Zu den Initiatoren der Jenaer Allianz zählt auch das [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#), dessen Präsident, [Thomas Straubhaar](#), die Gründung des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) im Jahr 2007 initiiert hat.^[9]

Weitere Kooperationen

- [Wirtschaftsrat der CDU](#). 2018 gaben der Wirtschaftsrat der CDU und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[10] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.
- Kooperation mit der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der [Deutsche Stiftung Eigentum](#) bei einer Konferenz zum Thema "Bargeld ist geprägte Freiheit"^[11]
- Kooperation beim FORUM FREIHEIT 2019 u.a. mit den folgenden Organisationen: [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), [Freier Verband Deutscher Zahnärzte](#), [Forum Freie Gesellschaft](#) und [Institut für Unternehmerische Freiheit \(IUF\)](#).^[12] Referent war u.a. der Klimaleugner Michael Limburg, Vizepräsident des [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#) sowie Mitglied der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) und der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)

Nähe zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die Stiftung steht der Arbeitgeber-Lobbyorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#) nahe, mit der sie bei Veranstaltungen kooperiert.^[13] [Wolfgang Clement](#), der damalige Vorsitzende des Kuratoriums der INSM wurde von der Stiftung 2014 mit dem "Ludwig-Erhard-Preis" für Wirtschaftspublizistik der Stiftung ausgezeichnet^[14]. Der langjährige Stiftungsvorsitzende, [Roland Tichy](#), war bei Veranstaltungen der INSM als Moderator tätig.^[15] [Oswald Metzger](#), ehemaliges Vorstandsmitglied der Stiftung, ist Botschafter der INSM. Ein weiterer INSM-Botschafter ist das Stiftungs-Mitglied [Randolf Rodenstock](#).

Finanzen

Laut Satzung sollen die Mittel für die Verwirklichung der Zwecke der Stiftung durch freiwillige Beiträge und Spenden aufgebracht werden. Die Mitglieder des Vereins sind zur Leistung eines Beitrags nicht verpflichtet. Die Mitglieder des Freundeskreises der Stiftung errichten eine Jahresbeitrag von mindestens 100 Euro.

Zitate von Müller-Armack

Müller-Armack hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Die folgenden Zitate stammen aus seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“^[16]

Zu **Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit:**

"Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken"

Zu **Mindestlöhnen:**

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden"

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ [Eklat in der Ludwig-Erhard-Stiftung - Friedrich Merz lehnt Preis ab](#), handelsblatt.com vom 16.07.2018, abgerufen am 16.07.2018
- ↑ [Streit in Ludwig-Erhard-Stiftung](#), deutschlandfunk.de vom 16.07.2018, abgerufen am 16.07.2018
- ↑ [Teilnehmerliste, Webseite Ludwig-erhard-Stiftung](#), abgerufen am 21. 12. 2015
- ↑ abgerufen am 18. September 2011
- ↑ Zitiert in der Laudatio von Hans Tietmeyer auf Hans D. Barbier als Preisträger 2001 der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), veröffentlicht auf der Website der [Hayek-Stiftung](#)
- ↑ [Wirtschaftsforschung IWH-Chef Ulrich Blum tritt zurück](#), FAZ vom 7. September 2011, Website FAZ, abgerufen am 18.9.2011
- ↑ [Personal der AfD in Thüringen](#), taz.de vom 07.05.2013, abgerufen am 13.12.2020
- ↑ [Der Vorstand](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 14.12.2020
- ↑ [Über uns Geschichte des hwwwi](#), Website HWWI, abgerufen am 1. 10. 2011
- ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021
- ↑ [Bargeld ist geprägte Freiheit](#), Kooperationsveranstaltung vom 21.09.2016, stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 30.09.2016
- ↑ [FORUM FREIHEIT 2019](#), hayek.de, abgerufen am 08.10.2019
- ↑ [Reform der Erbschaftssteuer](#), 24. September 2015, [Webseite der Stiftung](#), abgerufen am 17.10.2015
- ↑ [Ludwig-Erhard-Preis](#), Pressemeldung der INSM vom 16. 10. 2014, [Webseite INSM](#), abgerufen am 16.10.2015
- ↑ [Marktwirtschaftlicher Dialog der INSM](#), 12.02.2014, [Webseite flickr](#), abgerufen am 17. 10. 2015
- ↑ Zitiert nach: [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 19.9.2011

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** (Strukturgesellschaft) bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten (insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen) und Vertretern der Bundesregierung (insbesondere Parlamentarische Staatssekretäre) zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Die Politiker stehen überwiegend dem Wirtschaftsflügel der CDU /CSU nahe. Die Strukturgesellschaft gilt als ebenso traditionsreiche wie öffentlichkeitsscheue Lobbyorganisation. ^[1]

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

[[Bild:<datei>|center]]

Rech eingetragener Verein

tsfor

m

Tätig Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu **keits** Parlamentariern und Parlamentarischen **berei** Staatssekretären zur Einflussnahme auf **ch** Gesetzesvorhaben

Grün 1959

Zu den Mitgliedern der Strukturgesellschaft gehörten im Februar 2021 Anja Karliczek (CDU), Bundesministerin für Bildung und Forschung, und ihr Parlamentarischer Staatssekretär [Michael Meister](#) (CDU). [Thomas Bareiß](#) (CDU), als Parlamentarischer Staatssekretär für Wirtschaft und Energie im Bundeswirtschaftsministerium für die Ausgestaltung der Energiewende zuständig, ist Vorsitzender des "Beirats für Energie" der Strukturgesellschaft. Aus dem Energiesektor sind die folgenden Unternehmen/Verbände /Initiativen Mitglieder: [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#), Deutscher Braunkohle-Industrie-Verein, Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellenverband, innogy SE ([E.ON](#)), Propan Rheingas und die Lobby-Initiative [Zukunft Gas](#), in deren Beirat Bareiß bis zur Ernennung zum Parlamentarischen Staatssekretär saß.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	
ding	
sdat	
um	
Haupt	Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin
tsitz	
Lobb	
ybür	
o	
Lobb	<text>
ybür	
o EU	
Web	www.strukturgesellschaft.de
adre	
sse	

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	17
2 Mangelnde Transparenz	18
3 Organisationsstruktur und Personal	19
3.1 Vorstand	19
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	20
3.3 Wissenschaftlicher Beirat	20
3.4 Vorsitzende der Beiräte	20
3.5 Stellv. Beiratsvorsitzender	21
3.6 Mitglieder und Förderer	21
4 Weiterführende Informationen	23
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	23
6 Einzelnachweise	23

Aktivitäten

Die 1959 gegründete Strukturgesellschaft hat sich nach eigenen Angaben dem Anliegen verschrieben, die Politik bei strukturellen Frage- und Problemstellungen zu beraten. Leitbild der Arbeit der Gesellschaft sei der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Mitglieder und Förderer stünden für eine Wirtschaftsordnung, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit bei einem hohen Maß an individueller Freiheit gewährleiste.

Eine entscheidende Rolle bei der Beeinflussung der Parlamentarier im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte. Sie bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politikern (Parlamentarier und Parlamentarische Staatssekretäre), Vertretern von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professoren stattfindet. Auf der Tagesordnung stehen sowohl strukturelle Themen der laufenden Gesetzgebung als auch strukturelle Trends, bei denen aus Sicht der Gesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist.

Zurzeit verfügt die Strukturgesellschaft über 15 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitale Agenda	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien	Sicherheit und Verteidigung	Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit	Verkehr
Welthandel	Wirtschaft und Wirtschaftsrecht	Wissenschaftlicher Beirat	

Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Geleitet werden die Tagungen der Beiräte von den Beiratsvorsitzenden, bei denen es sich regelmäßig um Mitglieder von Bundestagsausschüssen handelt. Die Bundestagsausschüsse machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Der privilegierte Zugang zu den Mitgliedern von Bundestagsausschüssen vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen deshalb einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit.

Die Arbeit der Beiräte wird vom Wissenschaftlichen Beirat koordiniert.

Mangelnde Transparenz

Auf der Webseite der Strukturgesellschaft gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzende/r	<p>Michael Meister, CDU</p>	<ul style="list-style-type: none"> • seit 03/2018 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • Mitglied des Bundestags • CDU, Mitglied im Bundesvorstand • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums • Institut Finanzen und Steuern, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Stellvertreter	<p>Ludolf von Wartenberg, CDU</p>	<ul style="list-style-type: none"> • 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer • Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	<p>Siegmar Mosdorf, SPD</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter • Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	<p>Marie-Luise Dött, CDU</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Bundestags • Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stellv. Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit des Deutschen Bundestags • Handelsverband Deutschland, Mitglied des Präsidiums • Bund Katholischer Unternehmer, ehem. Bundesvorsitzende
Schatzmeister	<p>Jens Odewald, CDU</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Odewald & Compagnie GmbH Gesellschaft für Kapitalanlagen, Verwaltungsratsvorsitzender • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Bundesvorstands • Jury des Preises "Soziale Marktwirtschaft" der Konrad-Adenauer-Stiftung, Vorsitzender
Vorstandsmitglied	<p>Franz-Josef Holzenkam</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Bundestags • Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestags • Deutscher Raiffeisenverband, Präsident

	p, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • Funktionsträger einer Vielzahl von Organisationen der Agrar- und Ernährungswirtschaft^[2]
Vorstandsmitglied	Cem Özdemir Bündnis 90 /Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Bundestags • Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestags • Bundesverband Mittelständische Wirtschaft, Mitglied des Politischen Beirats • Bündnis 90/Die Grünen, ehem. Bundesvorsitzender
Vorstandsmitglied	Hartfrid Wolff, FDP	<ul style="list-style-type: none"> • KPMG, Senior Manager, Öffentlicher Sektor • FDP, Mitglied im Landesvorstand der FDP Baden-Württemberg • Friedrich-Naumann-Stiftung, Revisor • ehem. Mitglied des Deutschen Bundestags
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied	Horst-Dieter Westerhoff	<ul style="list-style-type: none"> • Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter • Professor an der Steinbeis Hochschule Berlin

(Stand: Februar 2020) Quelle: ^[3]

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- Friedrich Merz, CDU
- Christine Scheel, Grüne

Wissenschaftlicher Beirat

N.N.

Vorsitzende der Beiräte

(Stand: Februar 2020)

- Matthias Zimmer, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags (Beirat für Arbeit und Soziales)
- Wolfgang Stefinger, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags (Beirat für Bildung und Forschung)
- Tankred Schipanski, MdB, CDU, digitalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied im Ausschuss für Digitale Agenda des Deutschen Bundestags (Beirat Digitale Agenda)
- Thomas Bareiß, MdB, CDU (Beirat für Energie)
 - Parlamentarischer Staatssekretär für Wirtschaft und Energie
 - Im Bundeswirtschaftsministerium zuständig für die Ausgestaltung der Energiewende
 - Aufsichtsratsvorsitzender der bundeseigenen Deutschen Energie-Agentur
 - bis zur Ernennung zum Parl. Staatssekretär 03/2018 Beiratsmitglied von Zukunft Erdgas (neue Bezeichnung: Zukunft Gas)

- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Beirat für Europa)
- Florian Toncar, FDP (Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit)
 - Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags
 - Rechtsanwalt bei [Freshfields Bruckhaus Deringer](#)
- Karin Maag MdB, CDU (Beirat für Gesundheit)
 - Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestags
 - Beiratsmitglied der Barmenia Krankenversicherung (Beirat für Gesundheit)
- Ansgar Heveling, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags (Beirat für Medien)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (Beirat für Sicherheit und Verteidigung)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik](#)
- [Marie-Luise Dött](#), MdB, CDU (Beirat für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Beirat für Handel und Verbraucherschutz)
 - Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Stellv. Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit des Deutschen Bundestags
 - ehem. Bundesvorsitzende des [Bund Katholischer Unternehmer](#)
 - ehem. Kuratorin der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
- Cem Özdemir, MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Vorsitzender im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestags (Beirat für Verkehr)
- Andreas Lämmel, MdB, CDU (Beirat für Welthandel)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags
 - Mitglied im Vorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der Sächsischen Union
- [Joachim Pfeiffer](#), MdB, CDU (Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags
 - Dr. Joachim Pfeiffer Consulting
 - Mitglied der Aufsichtsräte und Beiräte einer Vielzahl von Unternehmen und Verbänden^[4]

Stellv. Beiratsvorsitzender

- [Justus Haucap](#) (Stellv. Vorsitzender des Beirats für Handel und Verbraucherschutz)
 - Direktor des [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#) (DICE)
 - Autor des ÖkonomenBlog der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
 - Verfasser von Gutachten für die INSM, zuletzt zum Thema „Emissionshandelssysteme“, die beim INSM-Frühstücksdialog präsentiert wurden.^[5]

Mitglieder und Förderer

Mitglieder und Förderer sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Verbände, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)

- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Deutscher Braunkohle-Industrie-Verein](#)
- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft \(GDV\)](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- Unternehmen, z. B.
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - [Deutsche Telekom](#)
 - [innogy SE](#)
 - [KPMG](#)
 - [Propan Rheingas](#)
 - [Bayerische Landesbank](#)
- Politik, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - [Marie-Luise Dött](#), CDU, MdB
 - [Enak Ferlemann](#), CDU, MdB, Parl. Staatssekretär im [Bundesverkehrsministerium](#)
 - [Anja Karliczek](#), CDU, Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Kooptiertes Mitglied des Vorstands von [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- Wissenschaft, z. B.
 - Prof. [Horst-Dieter Westerhoff](#), Universität Duisburg-Essen; Steinbeis-Hochschule
 - Prof. [Justus Haucap](#)
- Einzelmitglieder, z. B.
 - [Ulrich Drachsel](#), Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie
 - [Georg Fahrenschon](#)
 - [Melanie Fügner](#), Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Gertrud Hardich](#), Leiterin des Referats IIA5 (Stein- und Braunkohleabbau) im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - [Rainer Holznagel](#), [Bund der Steuerzahler](#)
 - [Timm Kehler](#), Geschäftsführer von [Zukunft Gas](#)
 - [Peter Meyer](#), Leiter Außenbeziehung von [Zukunft Gas](#)
 - [Werner Langen](#), Mitglied der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, ehrenamtlich beratendes Mitglied des Landesvorstands Rheinland-Pfalz des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
 - [Friedrich Merz](#), Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
 - [Siegmar Mosdorf](#), Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
 - [Wolfram Nolte](#), [KPMG](#)
 - [Johann Töpfer](#), Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellenverband
 - [Kai Wernicke](#), Haus & Grund
 - [Julian Willms](#), [ThyssenKrupp](#)

(Stand: Februar 2021)

Weiterführende Informationen

- [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019](#)
- [Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen \(Strukturgesellschaft\), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019](#), Bundestag.de, abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben](#), bundestag.de, abgerufen am 15.02.2020
3. ↑ [Der Vorstand](#), strukturgesellschaft-de, abgerufen am 15.02.2020
4. ↑ [Biografie Veröffentlichungspflichtige Angaben](#), bundestag.de, abgerufen am 16.02.2020
5. ↑ [Emissionshandelsysteme](#), insm.de, abgerufen am 16.02.2020

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine marktliberale Lobby-Organisation, die von den Unternehmensverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)) finanziert wird. Sie will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen ausgerichtet werden.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Alleingesellschafter das [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ist. Die INSM verfügte 2018 über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von Gesamtmetall zur Verfügung gestellt werden.^[1]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	24
2 Eingeschaltete Agenturen	25
3 Ziele	25
4 Organisationsstruktur und Personal	26
4.1 Geschäftsführer	26
4.2 Beirat	26
4.3 Kuratorium	27
4.4 Botschafter	27
4.5 Wissenschaftliche Beratung	31
4.6 ÖkonomenBlog	31
4.7 Förderverein	31
5 Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	32
5.1 Kampagnen	32
5.2 Studien	33
5.3 Reformbarometer/Rankings/Monitore	33
5.4 Veranstaltungen	33
5.5 Fernsehen und Hörfunk	33
5.6 Medienkooperationen	34
5.7 Unterrichtsmaterialien	34
5.8 Weitere mediale Mittel	34
6 Kritik an der INSM	34
6.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	34
6.2 Verhältnis zu den Medien	35
6.3 Eigene Außendarstellung der INSM	35
6.4 Schleichwerbung	36
6.5 Einschüchterung von Medien	36
6.6 Einwirkung auf Suchmaschinen	36
6.7 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	36
6.8 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	36
7 Zitate	37
8 Weiterführende Informationen	37
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	37
10 Einzelnachweise	37

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)) gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[2] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[3] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Eingeschaltete Agenturen

Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation **Scholz & Friends** betraut, die seit 2011 zur **WPP Group** gehört. Scholz & Friends hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[4] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur **Serviceplan Public Opinion** betreut. Seit Januar 2015 ist **Blumberry** für Werbung und PR zuständig.^[5] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding **Commarco**, die wiederum zur **WPP Group** gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zu den Commarco Campus Communications. Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[6] ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[7] Gemeinsam mit der INSM erarbeitet ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst Twitter, um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[8] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[9] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[10] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[11]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte

der Arbeitnehmer stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird schlecht geredet und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Der Grund liegt auf der Hand: Die gesetzlichen Versicherungen werden von den Arbeitgebern mitfinanziert, die privaten kapitalgedeckten Versicherungen bezahlen dagegen allein die Arbeitnehmer. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Hubertus Pellengahr (seit Januar 2010)
 - ehemaliger Geschäftsführer des [Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels](#) (HDE)
 - Policy Fellow des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA)
 - Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen der Wirtschaft, die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), die [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), die Friedrich-Schiller-Universität Jena, das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig und neoliberale Denkfabriken kooperieren

Ehemalige Geschäftsführer:^[12]

- [Tasso Enzweiler](#), ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur [Hering Schuppener](#), wurde danach Geschäftsführer bei [Ketchum Pleon](#) Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung [Enzweiler & Partner](#)
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim [BDI](#)
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden^[13] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist Stefan Wolf
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#)

Kuratorium

Name

Wolfgang Clement (†)	Vorsitzender des Kuratoriums	1. stellv.	ehem. SPD-Politiker, Ex-NRW-Ministerpräsident, Ex-Bundeswirtschaftsminister, Lobbyist und Mitglied in Aufsichts- und Beratungsgremien verschiedener Unternehmen, Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP
Stefan Wolf	Vorsitzender des Kuratoriums		Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall , Vorstandsvorsitzender der ElringKlingerAG, Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: November 2020) Quelle: ^[14]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[15] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Nam
e

Hans

-

Wolfgang Arndt Professor für Steuerrecht i.R. und ehem. Rektor der Universität Mannheim

Arndt

Roland

Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Konvent für Deutschland](#)

Christoph

Christoph

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Allg. Betriebswirtschaftslehre, insbesondere innovatives Markenmanagement, der Uni Bremen, Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Keylens AG](#), Düsseldorf

Christoph

Jürgen

Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#). Frühere Positionen: Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik B.](#), Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

Dom

Dom

e Geschäftsführende Gesellschafterin der Unternehmensberatung [Döttling & Partner](#), Mitglied im [Mittel Döttl standsbeirat](#) beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

ing

Flori

an (siehe Förderverein)

Gers

ter

Mart

in Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

Kan

negi

eßer

Otm

ar Präsident des [Center for Financial Studies](#), „International Advisor“ der Investmentbank [Goldman Issin Sachs](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

g

Osw

ald Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der Metz [Die Familienunternehmer - ASU](#)

ger

Aren Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der Oetk CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung er deutscher Kernkraftwerke

Walt

her Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im Otre Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)

mba

Karl-

Hein Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), ehem. Finanzminister von Paqu Sachsen-Anhalt

é

Bern

d Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum Raff Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrat der [ERGO](#) Versicherungsgruppe, Mitglied des elhü Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der Kommission sche Alterssicherung^[16]), Mitglied des Vorstands der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

n

Arnd

t Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef [Deutsche Telekom](#), Mitglied enbe des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

rg

Ran
dolf
Rod
enst
ock
Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke **G. Rodenstock GmbH & Co. KG**, ist bzw. war in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem INSM-Finanzier **Gesamtmetall** und der INSM-Muttergesellschaft **Institut der deutschen Wirtschaft(IW)** jeweils als Vizepräsident, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP**

Dag
mar
Schi
pans
ki
Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, ehem. Präsidentin des Landtages von Thüringen, Mitglied des Verwaltungsrates des **MDR**, Mitglied des Kuratoriums **Gemeinnützige Hertie-Stiftung**

Krist
ina
Schr
öder
ehem. Bundesfamilienministerin (CDU)

Nikol
aus
Sch
weic
kart
Vorsitzender des Kuratoriums der **Stiftung Marktwirtschaft**, Ehrenmitglied des **Wirtschaftsrates der CDU** und ehem. Vorstandsvorsitzender der **Altana AG** sowie ehem. Vorsitzender der **Altana Kulturstiftung gGmbH** und der **Herbert Quandt-Stiftung**

Jürg
en
Star
k
Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der **Europäischen Zentralbank (EZB)**, Mitglied des Kuratoriums der **Bertelsmann Stiftung**, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP**^[17]

Erwi
n
Stau
dt
ehem. Präsident des VfB Stuttgart, ehem. Vorstand der Geschäftsführung von **IBM Deutschland**, SPD-Kommunalpolitiker, ist Mitglied des Aufsichtsrats und Beirats diverser Unternehmen

Tho
mas
Stra
ubha
ar
bis 8/2014 Direktor des **Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)**, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, Mitglied des Kuratoriums der **Friedrich-ubha Naumann-Stiftung**, Mitglied des Beirats des **Institut für Unternehmerische Freiheit**

(Stand: Dezember 2020) Quelle: ^[18]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

Na
me
Arn
ulf
Bari
ng
Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe **Friedrich-ubha Naumann-Stiftung** sowie die **Konrad-Adenauer-Stiftung** und ist Mitglied des Kuratoriums der Stiftung **Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft**

Mar
ie-
Luis
e (siehe Förderverein)

Döt
t

Johann Eekhoff Staatssekretär a.D., Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Uni Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), bis Ende am 3. März 2013
2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied verstorben
der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Mic
hae

Michael CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo
s

Paul Kirchoff ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), setzt sich für eine Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben großer Vermögen" entlastet^[19]

Ebe

Eberhard Körber Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und von Aufsichtsratsvorsitzender von [ABB](#), 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler [Helmut Kohl](#)

Rolf Peffekothen ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem. Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), des Wissenschaftlichen Beirats von der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und des Beirats der [DZ BANK AG](#)

Chri
stin
e
Sch
eel

Christine Scheel ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der [CNC Communications & Network Consulting](#))

trat im Dezember 2004 aus der INSM aus ^[20], beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen^[21]

Lothar Späth CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der [Jenoptik](#), ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank [Merill Lynch](#), ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Herrenknecht AG](#), beriet zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen.^[22] am 18. März 2016 verstorben

Ed
mu
nd
Stoi
ber

Edmund Stoiber ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007

verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen

Hans-Joachim Lauth ehem. Präsident der [Deutschen Bundesbank](#), Mitglied der Kuratoriums der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), der [Stiftung](#)

Tietme [Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik](#) und Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der [INSM](#).^[23]

am 27. Dezember
2016 verstorben

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für Demoskopie Allensbach^[24] - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autoren sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler (Professoren und Mitarbeiter von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[25] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- **Hans Tietmeyer** (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)
- **Florian Gerster** (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des [Bundesverband Briefdienste](#), ehem. Vorsitzender der [Bundesanstalt für Arbeit](#) - heutige Bezeichnung [Bundesagentur für Arbeit](#) (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur [WMP Eurocom](#) entlassen)
- **Johanna Hey**, Direktorin des [Institut Finanzen und Steuern](#) und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#), Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#). Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch".^[26]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[27], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Roman Herzog Institut](#), Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- **Friedrich Merz**, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung
- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)

- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
- **Carl-Ludwig Thiele**, Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der **Deutschen Bundesbank**, Kuratoriumsmitglied des **Institut Finanzen und Steuern**, bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[28]

Weitere Mitglieder waren:

- **Michael Hoffmann-Becking**, Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät **Hengeler Mueller**, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP** und Gesellschafter der **FAZIT-STIFTUNG**
- **Marie-Luise Dött**, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende **Bund Katholischer Unternehmer**, Mitglied der **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen**

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden **PR-Agenturen** eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur **Serviceplan Public Opinion** bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[29]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerecht durch Marktwirtschaft
- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020
- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum

- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Darüber hinaus wird die INSM regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. So veranstaltete sie in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[30] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[31]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder sogar als Überregulierung negativ bewertet.

Städteranking Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Consult GmbH im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)

Bildungsmonitor In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet

Veranstaltungen

- [Wahlarena 2017](#) ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [Hauptstadtforum](#) ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)
- [INSM-Frühstücksdialog](#)
- [Dialogveranstaltung Marktwirtschaft und Klimaschutz](#)
- [Marktwirtschaftlicher Zukunftsdialog](#)
- [Rentenpolitischer Dialog](#)
- [INSM-Podiumsdiskussionen](#)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner sowie Experten für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung "Die Welt", die in Partnerschaft mit der INSM die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“ organisiert.^[32] [Wirtschaftspolitik verstehen](#) ist ein gemeinsames Videoformat von INSM und [ECONWATCH](#).

Unterrichtsmaterialien

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschülern, Realschülern, Gymnasiasten und Berufsschülern ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[33][34][35]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[36]

Weitere mediale Mittel

Des weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazine, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung geben die Steuerpläne der SPD zu machen.^[37] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele Normalbürger mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005^[38] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen.“ Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[39] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipienten gelangt sind. Es überrasche angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalisten die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggebern und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalisten und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13.

Oktober 2005^[40] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung Die Welt. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanlen Dauergste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff Initiative ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei **Gesamtmetall**, die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie)

begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[41] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[42] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[43]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalisten, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredakteure oder Intendanten einzuschüchtern.^[44] Kritische Journalisten würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisanten dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[45]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[46]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar^[47]. Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin^[48]. Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodell"^[49].

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können." Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[50]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM* Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.
- http://www.gesamtmetall.de/gesamtmetall/meonline.nsf/id/PageGeschaeftsbericht-2013-2014_DE

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Wer trägt die INSM?](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
2. ↑ [Alles über die INSM](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017

3. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 18.04.2017
4. ↑ Rudolph Speth: [Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
5. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
6. ↑ [1], commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
7. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
8. ↑ Norbert Klotten: [Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft](#), Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
9. ↑ Klotten: [Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft](#), S. 26
10. ↑ Bunte, in [Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht](#), Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
11. ↑ Klotten: [Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft](#), S. 26, Fußnote 58
12. ↑ Thomas Leif: [beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater](#), München 2006, S. 290
13. ↑ Speth: [Strategien](#), S. 30
14. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 29.11.2020
15. ↑ Speth: [Die politischen Strategien](#), S. 29
16. ↑ [Pressemitteilung vom 13.11.2003](#), presseportal.de, abgerufen am 21.12.2020
17. ↑ [Wahlkampfhilfe für FDP Lindners neuen Club](#), Bild online vom 25. Januar 2016, abgerufen am 06.04.2016
18. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 20.12.2020
19. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
20. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Handelsblatt](#) vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
21. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
22. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
23. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
24. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
25. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
26. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), [Financial Times Deutschland](#) vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
27. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), [Der Spiegel](#) vom 13. November 2011
28. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
29. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
30. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
31. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
32. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
33. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), [NachDenkSeiten](#), 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011

34. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011](#)
35. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
36. ↑ [Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007, Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011](#)
37. ↑ [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen, 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017](#)
38. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht, MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011](#)
39. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit, Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011](#)
40. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Wie unabhängig sind Journalisten?, 2005-10-14 , zitiert nach Fulda Wiki, abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist](#)
41. ↑ [epd: Arzneiersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
42. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
43. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
44. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017](#)
45. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007, Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011](#)
46. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015](#)
47. ↑ [12 Fakten zur Klimapolitik INSM am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019](#)
48. ↑ [Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM Volker Quaschnig am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019](#)
49. ↑ [Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019](#)
50. ↑ [Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.](#)

BusinessEurope

BusinessEurope ist der europäische Dachverband der Arbeitgeber. In der EU zählt er zu den größten und einflussreichsten Lobbyorganisationen. Für das Geschäftsjahr 2017 gab BusinessEurope an, sich 207 mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen zu haben,^[1] womit der Verband nach Angaben von [lobbfacts.eu](#) den ersten Platz unter 11.842 gelisteten Organisationen belegte.

BusinessEurope betreibt intensive Lobbyarbeit, unter anderem bei der Aufweichung konkreter EU Klimaziele und der Durchsetzung regulatorischer Kooperation in der Handelspolitik.

BusinessEurope

Rechtsform internationaler gemeinnütziger Verein nach belgischem Recht (a.i.s.b.l.)

Tätigkeitsbereich Vertretung von Arbeitgeberinteressen

Gründungsdatum März 1958, 2007 umbenannt in BusinessEurope, the confederation of European business

Hauptsitz Av. de Cortenbergh 168, 1000 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro

BusinessEurope

üro EU

Webad businessseurope.eu

resse

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	40
1.1	Lobbyisten	41
1.2	EU-Expertengruppen	41
1.3	Seitenwechsel	41
1.4	European Business Summit	41
1.5	BusinessEurope Day	42
2	Fallstudien und Kritik	42
2.1	2013–2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA	42
2.2	2012–2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP	43
2.3	2010–2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik	44
2.4	2016: BusinessEurope’s Kampf gegen das Transparenzregister	45
2.5	2009–2018: Better Regulation	45
3	Organisationsstruktur und Personal	46
3.1	Verbindungen	46
4	Finanzen	47
5	Kurzdarstellung und Geschichte	47
6	Weiterführende Informationen	47
7	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	47
8	Einzelnachweise	47

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

BusinessEurope pflegt auf höchster Ebene Kontakte in Institutionen, die in der EU an der Ausarbeitung, Verabschiedung und Umsetzung von Gesetzen, Richtlinien, und anderen Regularien beteiligt sind, insbesondere mit der EU-Kommission ^[2]. Während des Gesetzgebungsprozesses nehmen LobbyistInnen von BusinessEurope sowohl auf die strategische Ausrichtung als auch auf die konkrete Ausgestaltung durch persönliche Treffen und Policy Papers Einfluss. Weil letztere in regelmäßigen Abständen in sehr ähnlich klingende, offizielle EU-Positionen münden, gilt Business Europe als eine der einflussreichsten Lobbyorganisationen in Brüssel ^[3]

Lobbyisten

Im [Transparenzregister EU](#) hat BusinessEurope 30 Vollzeit-Lobbyisten registriert, von denen 25 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des [EU-Parlaments](#) akkreditiert sind. ^[4] (Stand: Oktober2018)

EU-Expertengruppen

BusinessEurope gehört 53 [Expertengruppen der EU-Kommission](#) an. Unter anderem ist der Arbeitgeberverband in der Expertengruppe zur europäischen Handelsabkommen und in der Beratergruppe zu nachhaltigem Konsum und Produktion vertreten. ^[4]

Seitenwechsel

- [Marten Westrup](#) arbeitete bis September 2010 für die *Generaldirektion Unternehmen und Industrie* in der [EU-Kommission](#) und nahm anschließend einen Beraterjob bei BusinessEurope an, um den Arbeitgeberverband in Klimafragen zu beraten. 2011 wechselte er zurück in die EU-Kommission zur *Generaldirektion Energie*. Die Kommission erteilte für diesen Wechsel eine Ausnahmegenehmigung.
- [Eoin O'Malley](#) arbeitete vier Jahre lang als "Senior Advisor on International Relations" für BusinessEurope. Im Juni 2010 wechselte er zur EU-Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und später zur EU-Generaldirektion Handel, wo er Teil des Strategie-Teams ist. Die Kommission weigerte sich erarbeitete Dokumente oder Reden von O'Malley zu veröffentlichen. Nach einer Konferenz im März 2015 zu den Auswirkungen von TTIP auf Malta wurde er auf Twitter zitiert: "Die EU-Kommission braucht Input und Teilnahme der Unternehmen in der Debatte. Die Menschen müssen wissen, was die ökonomischen Vorteile sind." (Übersetzung des Verfassers) ^[5]

European Business Summit

[European Business Summit](#) (EBS) ist eine Organisation, die Konferenzen ausrichtet, bei denen UnternehmensvertreterInnen auf hochrangige EU-Politiker treffen. Hauptveranstaltung ist das gleichnamige, jährlich stattfindende Gipfeltreffen. BusinessEurope und die [Federation of Enterprises in Belgium](#) (FEB) sind die Initiatoren. Die Veranstaltung steht außerdem unter der Schirmherrschaft des belgischen Königs. ^[6] Zu den SprecherInnen im Jahre 2018 gehörten beispielsweise Frans Timmermans (Kommissionsvizepräsident) und Cecilia Malmström (EU-Handelskommissarin) sowie zahlreiche VertreterInnen von Unternehmen (u.a. Coca-Cola, Statoil, BASF) und Verbänden (u.a. BusinessEurope selbst, FuelsEurope, [European Chemical Industry Council](#)). Der European Business Summit vermittelt zwar das Bild eines Kongresses, in dem sich zwei Welten begegnen – Politik und Wirtschaft. In der Realität sind die Beziehungen zwischen den Akteuren

allerdings weitaus verschwommener. Häufig sind die UnternehmensvertreterInnen schon zuvor als politische Einflussnehmer in Erscheinung getreten ^[7]. Neben dem Jahrestreffen organisiert EBS noch weitere spezifische Netzwerkveranstaltungen, bei denen EU- und RegierungsvertreterInnen auf IndustrievertreterInnen treffen – so zum Beispiel der European Defence Industry Summit, eine Konferenz zur Rüstungsindustrie oder Think Digital, eine Plattform zum digitalen Binnenmarkt. Dazu kommt die ebenfalls jährliche, exklusive Nachfolgeveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum Back From Davos ^[8].

BusinessEurope Day

Der **BusinessEurope Day** findet seit 2014 jährlich statt. Das selbsterklärte Ziel besteht darin, eine ausgesuchte Gruppe an Führungspersonen aus Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern zusammenzubringen, um über bestimmte, den Handel betreffende Politiken zu diskutieren. 2014 stand die Frage nach der Bedeutung der Industrie in Fokus, 2015 der neue Investitionsplan der EU und 2016 die Leistungsfähigkeit Europas. Nachdem der BusinessEurope Day 2017 entfallen war, fand er am 1. März 2018 zum vierten Mal statt, Themenschwerpunkt in diesem Jahr war die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft. Zu den Sprechern aus der Politik gehörten unter anderem:

- **Donald Tusk**, Präsident des Europäischen Rates
- **Elżbieta Bieńkowska**, EU-Kommissarin (Industrie, Binnenmarkt, Unternehmertum)
- **Jean-Claude Juncker**, EU-Kommissionspräsident
- **Martin Schulz**, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments
- **José Manuel Barroso**, ehemaliger EU-Kommissionspräsident und Berater bei [Goldman Sachs](#)
- **Jyrki Katainen**, Vize-Präsident der EU-Kommission ^[9]

Fallstudien und Kritik

2013–2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA

Das bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan – Japan-EU Free Trade Agreement (**JEFTA**) – wurde am 06.07.2018 vom Rat der EU ratifiziert, nachdem die Verhandlungspartner im Vorjahr eine Grundeinigung erzielt hatten. Aus einer Recherche der lobbykritischen Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) geht hervor, dass BusinessEurope diejenige Konzernlobbygruppe ist, die zwischen 2014 und 2017 am häufigsten Kontakt mit der Generaldirektion Handel bezüglich JEFTA hatte ^[10]

Bereits 2013 hatte BusinessEurope in einem offenen Brief an den damaligen Präsidenten der EU Kommission [José Manuel Barroso](#) große Bereitschaft signalisiert, der EU-Kommission während allen Verhandlungsphasen „detaillierten Input“ zu bieten, um jegliche Barrieren in den Handelsbeziehungen mit Japan beseitigen zu können. ^[11] BusinessEurope setzte sich vor allem für eine Abschaffung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse im Rahmen von JEFTA ein. In einem Statement, das sie gemeinsam mit dem Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen Keidanren 2016 veröffentlichten forderten beide Verbände, dass nicht-tarifäre Handelshemmnisse und deren Abschaffung durch [regulatorische Kooperation](#) ein zentrales Thema bleiben müssen. ^[12]

In der Praxis brachte BusinessEurope bereits Unternehmensverbände beider Seiten zusammen: Seit 2012 organisiert BusinessEurope gemeinsam mit Keidanren sogenannte Sector-to-Sector Meetings entlang der JEFTA-Verhandlungen. Teilnehmer sind europäische und japanische Industrieverbände, zu den regelmäßigen Teilnehmern gehören die Automobilverbände JAMA und [ACEA](#) ^[13]. Beim sechsten Treffen am 13. Juni 2017 waren Vertreter aus dem Automobil-, Chemie-, Eisenbahn- und Digitalsektor vor Ort, außerdem der EU-

Kommissar Antti Peltomäki (Generaldirektor des Fachbereichs Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) sowie Kazuo Kodama, der Botschafter der japanischen Vertretung bei der EU ^[14]. Ziel der Veranstaltungen ist vor allem der Austausch über nichttarifäre Maßnahmen und regulatorische Kooperation im Kontext der JEFTA-Verhandlungen ^[15]. In einer gemeinsamen Veröffentlichung bekräftigten die Teilnehmer die Forderung nach regulatorischer Kooperation erneut.

Während BusinessEurope die regulatorische Kooperation, also die gegenseitige Anpassung von Gesetzen und Standards, als einen Mechanismus zur Harmonisierung der Handelsbeziehungen beschreibt, bringt jene jedoch auch erhebliche Nachteile mit sich. Wie schon bei TTIP ist bedenklich, dass die **regulatorische Kooperation** es ermöglicht, voneinander abweichende Standards auf das Niveau des jeweils niedrigeren anzugleichen. Standards zu Verbraucher- und Umweltschutz können somit gesenkt werden, indem sie als „Handelshemmnisse“ dargestellt werden. Ferner ist regulatorische Kooperation problematisch, da sie Unternehmen über internationale Beratergremien einen erheblichen Einfluss auf Formulierung und Änderung von Gesetzen einräumt. ^[16]

2012–2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Einer Auswertung der von CEO zufolge hatte BusinessEurope (gemeinsam mit dem **European Services Forum**) von allen Lobbyorganisationen den meisten Kontakt mit der EU-Generaldirektion Handel zum Thema **TTIP**. In den ersten 2 Jahren der Vorbereitungen und Verhandlungen zum Abkommen nahm BusinessEurope an 15 Treffen teil. ^[17]

Ende 2013 wurde ein Papier der **EU-Kommission** zu regulatorischer Kooperation geleakt. Durch das Prinzip der regulatorischen Kooperation sollen Handelshemmnisse zwischen den Vertragspartnern nach Abschluss des Abkommens abgebaut und somit eine Angleichung der Standards ermöglicht werden. Kritisch ist dies, da die amerikanischen bzw. kanadischen Standards in vielen Punkten stark von den europäischen abweichen. Besonders im Bereich des Umweltschutzes, der Chemikalienzulassung oder der Fahrzeugsicherheit sind sie sogar deutlich niedriger und deshalb kostengünstiger für Konzerne. Zentral bei der regulatorischen Kooperation ist hierbei die Einführung von Prozessen, die Unternehmen und US-Regierung früh und vor den Parlamenten in die Gesetzgebung einbinden soll. Sie erhalten dadurch eine enorme Gestaltungsmacht. Aus diesem Grund bezeichnet die **US-Handelskammer**, die amerikanische Arbeitgeber-Lobby, die regulatorische Kooperation als "Geschenk, das immer weiter schenkt" (Übersetzung des Verfassers). ^[18]

BusinessEurope forderte bereits im Herbst 2012 eine „formale und vorrangige Beraterrolle“ für Unternehmen ein. Vertraglich muss die EU-Kommission einen ausgewogenen Dialog mit verschiedenen Interessenvertretern führen. Dennoch stellte sie klar, dass eine Beraterrolle und somit eine Institutionalisierung des privilegierten Zugangs zu Gesetzgebungsprozessen in einer branchenspezifischen regulatorischen Kooperation möglich sei. Die branchenspezifische regulatorische Kooperation bezieht sich auf 9 Industriesektoren; unter anderem geht es hierbei um die Regulierung von Arzneimitteln, Chemikalien und Pestiziden. Dazu wurden bisher keine Vertragsentwürfe veröffentlicht, sodass der Einfluss von Unternehmen auf diese stark zu vermuten, jedoch nicht überprüfbar ist. ^[19]

Vergleicht man die Vorschläge der beiden Arbeitgeberverbände BusinessEurope und der **US-Handelskammer** aus den Jahren 2012 ^[20] und 2014 ^[21] mit den Verhandlungspositionen der EU-Kommission im Jahr 2016 ^[22] erkennt man eine erstaunliche Ähnlichkeit. Obgleich sie nicht explizit zeigen, dass die Arbeitgeber-Lobbys TTIP mitschrieben, beinhalten die vorgeschlagenen Alternativen der EU-Kommission Formulierungen, die eben jene Ziele der Verbände letztendlich doch ermöglichen könnten.

Im November 2015 wurde bekannt, dass die EU-Kommission der Erdöllobby besonders guten Zugang zu den Verhandlungen zu TTIP verschaffte. Vertreter von BusinessEurope trafen mit US-Verhandlern aus dem Außen- und Energieministerium zusammen, um über das Energiekapitel des Abkommens zu beraten.^[23]

Am 11. Juli 2016 veröffentlichte BusinessEurope unter anderen gemeinsam mit [AmCham EU](#), [European Services Forum](#) und [Trans-Atlantic Business Council](#), der sogenannten "Business Alliance for TTIP", ein Statement, in welchem die hohen Erwartungen an die 14. Verhandlungsrunde zu TTIP betont werden. Die Allianz übte Druck aus, um vor dem Ende der Obama-Administration einem Abschluss des TTIP-Abkommens näherzukommen. Es brauche "konstruktive und kreative Ansätze" und einen "substanziellen Fortschritt" in den Verhandlungen.^[24]

Nachdem die TTIP-Verhandlungen ab Januar 2017 auf Eis lagen, gab die Europäische Kommission am 11. September 2018 eine Wiederaufnahme der Handelsgespräche mit den USA bekannt.^[25] Da große Differenzen in Bereichen wie der Automobil- und der Agrarindustrie zunehmend deutlich wurden, gaben die Handlungspartner bei diesem Anlauf zunächst an, sich auf die Einigungen in weniger bedeutsamen Bereichen zu fokussieren. Luisa Santos, Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen bei BusinessEurope, hieß diese Verhandlungsstrategie grundsätzlich gut, da sie ein „positives Ergebnis in einer relativ kurzen Zeitspanne“ ermögliche. Sie betonte allerdings auch, dass Unternehmen ein ambitionierteres Abkommen begrüßen würden.^[26] Regulierungsbehörden beider Seiten sollen folglich dazu bewegt werden, ins Gespräch zu kommen, „um zu sehen, ob es Bereiche gibt, in denen wir die Regulierungen verbessern können“.^[27] Im November 2018 wurde allerdings durch den Leak eines Dokuments öffentlich, dass die Automobil- und Agrarindustrie sehr wohl Teil dieser Gespräche waren^[28]

2010–2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik

Für die aktive und aggressive Rolle, die Mitarbeiter von BusinessEurope bei der Verwässerung der EU-Klimaziele spielten, wurde der mächtige Arbeitgeberverband im Jahr 2010 in der Kategorie Worst Climate Lobbying für die [Worst EU Lobbying Awards](#) nominiert. Offiziell unterstützte BusinessEurope damals die Notwendigkeit, den vom Menschen verursachten Klimawandel zu stoppen. Tatsächlich jedoch wurden bestehende EU-Pläne zur Verminderung von CO₂-Emissionen aktiv untergraben. Während die Industriobbyyisten vorgaben, im Interesse aller europäischen Unternehmen zu handeln, haben sie tatsächlich in erster Linie für die energieintensivsten Unternehmen der Öl-, Stahl- und Chemieindustrie Lobbyarbeit betrieben – und letztendlich eine effektive Klimapolitik auf EU-Level verhindert.^[29] Im Laufe der Jahre geriet BusinessEurope immer wieder für seine klimapolitische Position in die Kritik. Als der Konsumgüterkonzern Unilever 2014 seine Mitgliedschaft bei BusinessEurope beendete, nachdem der Verband im Vorjahr die EU-Kommission dazu aufgerufen hatte, sich in den Jahren nach 2020 auf lediglich ein umweltpolitisches Ziel im Energiebereich zu beschränken^[30], wurde die Annahme laut, dass BusinessEurope mit seiner umweltpolitischen Ausrichtung auch verbandsintern auf Ablehnung gestoßen war.^[31] 2015 forderten Investoren Firmen sogar dazu auf, aus „klimaunfreundlichen EU-Lobbygruppen“ auszutreten, BusinessEurope wurde als Beispiel für eine solche Lobbygruppe angeführt.^[32] Anhand eines internen Dokuments von BusinessEurope, das im September 2018 geleakt wurde, zeigt sich deutlich, dass der Verband noch immer aktive Lobbyarbeit gegen die EU-Klimaziele betreibt. In diesem Papier vom 13. September 2018 schlägt BusinessEurope seinen Mitgliedern verschiedene Strategien vor, um eine von der EU-Kommission angedachte Verschärfung der Klimaziele zu verhindern.^[33] Das Dokument wurde von verschiedenen Medien und Nichtregierungsorganisationen scharf kritisiert, so sagte zum Beispiel Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace: „Business Europe sabotiert selbst den zaghaftesten Versuch der EU, ihren Rückstand beim Klimaschutz aufzuholen.“^[34]

2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister

Nach der Einführung des gemeinsamen **Europäischen Transparenzregisters** von Parlament und Kommission 2011, trat im Januar 2015 eine überarbeitete Fassung in Kraft. In der ersten Jahreshälfte 2016 wurde zur Verbesserung des bestehenden Lobbyregisters ein Konsultationsprozess eingeleitet, in dem Organisationen und selbstständige Einzelpersonen Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen könnten. Am 28.09.2016 stellte Frans Timmermans, damals Vizepräsident der Kommission, einen Vorschlag für ein neues Transparenzregister vor ^[35]. In der Folge konnte ein erster Teilerfolg schon im Dezember desselben Jahres errungen werden: Das EU-Parlament stimmte für die *no registration, no meeting* - Regel, die besagt, dass nur registrierte Lobbyisten sich mit Kommissaren und Kommissarinnen treffen können.

BusinessEurope vertrat gegenüber dem neuen Transparenzregister von 2016 eine skeptische Haltung. In einem Brief an Frans Timmermans vom 06.12.2016, der durch eine Anfrage unter dem Informationsfreiheitsgesetz ans Licht kam, stellt BusinessEurope's Generaldirektor Beyrer insgesamt zehn Forderungen ^[36]. Beyrer positioniert sich klar gegen die *no registration, no meeting* Regel und gegen ein rechtlich bindendes Lobbyregister. Darüber hinaus kritisiert er den Vorschlag, dass Non-Profit-Organisationen (wie BusinessEurope selbst) ihre Hauptgeldgeber offen legen sollen ^[37].

2009–2018: Better Regulation

Im Rahmen der „Better Regulation“ - zu Deutsch: bessere Rechtssetzung - strebt die EU-Kommission nach eigener Aussage eine gezielte Regulierung aller Policy-Bereiche an, „die nicht weiter geht, als nötig, um Ziele zu erreichen und Vorteile bei minimalen Kosten zu erzielen“ ^[38]. So initiiert die aktuelle EU-Kommission nur noch 25 neue Gesetze jährlich, bei der Vorgängerkommission waren es noch 150. ^[39]

Anhand offizieller Stellungnahmen, Pressestatements und offener Briefe lässt sich nachvollziehen, dass BusinessEurope sich seit 2009 aktiv für die „Better Regulation“ einsetzt, welche sie als unabdingbar für eine international wettbewerbsfähige EU bezeichnet. Die Argumentation: Durch eine „clevere“ Gesetzgebung würden Investoren angelockt und das Wachstum somit gefördert. ^[40] KritikerInnen hingegen betonen, dass die Mehrheit der EU-Gesetze Bürgerrechte und Umwelt schütze. Sie äußerten vermehrt die Befürchtung, dass die Europäische Kommission im Rahmen der „Better Regulation“-Agenda das Allgemeinwohl hinter die Interessen von Unternehmen zurückstellen könnte. ^{[41][42]}

Wie also funktioniert die „bessere Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue ExpertInnengremien geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. In der Theorie können über die REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Auch ein Vertreter von BusinessEurope sitzt im REFIT-Gremium ^[43]. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen

unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen.^[44] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten,^[45] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie BusinessEurope zu Gute.

Organisationsstruktur und Personal

BusinessEurope gehören 39 Mitgliedsverbände aus 34 Ländern an). Aktueller Präsident von BusinessEurope ist Pierre Gattaz, welcher zuvor die Präsidentschaft von MEDEF, einem französischen Mitgliedsverband von BusinessEurope, innehatte.. Generaldirektor ist **Markus J. Beyrer**, ehemaliger Generalsekretär der Vereinigung der Österreichischen Industrie (IV).^[4] (Stand: Oktober 2018)

Mitgliedsverbände aus Deutschland sind:

- der **Bundesverband der Deutschen Industrie** (BDI) und
- die **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA)^[46]

Daneben bietet BusinessEurope über ihre "Corporate Advisory and Support Group" ausgewählten Großunternehmen besondere Dienstleistungen an. Zu den 70 Unternehmen (Stand: September2018) gehören u.a. **BASF**, **Bayer**, **BMW**, **Daimler**, **Facebook**, **Ford**, **Google**, **Philip Morris**, **Siemens** und **Volkswagen**.^[47]

Die Organisation besteht aus 7 Richtlinienkomitees, denen insgesamt 60 Arbeitsgruppen unterstellt sind. In diesen Gruppen arbeiten etwa 1200 meist externe Fachleute um Gesetzesentwürfe und EU-Programme zu analysieren und aus Unternehmensperspektive zu verbessern. Neben den nationalen Verbänden, die BusinessEurope mit Ressourcen und Infrastruktur unterstützen, besteht noch eine sogenannte 'Corporate Advisory and Support Group'. Deren Mitglieder, allesamt multinationale Konzerne von beachtlicher Größe, genießen innerhalb der Organisation einen besonderen Stellenwert. Ihre Mitglieder pflegen nicht nur intensive politische Kontakte auf höchster Ebene, sondern sind auch an allen 60 Arbeitsgruppen beteiligt, welche gemeinsame Positionen erarbeiten und erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung der gesamten EU ausüben.

Verbindungen

BusinessEurope ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- **European Policy Centre** (EPC)
- **Centre for European Policy Studies** (CEPS)
- **Alliance for a Competitive European Industry**, die 2004 von 11 einflussreichen europäischen Industrieverbänden gegründet wurde und sich für arbeitgeberfreundliche Sozialgesetzgebung einsetzt^[48]
- **Alliance for CSR**, einer im Jahr 2006 von der EU Kommission ins Leben gerufenen informellen Arbeitsgruppe, die sich mit der Weiterentwicklung von Themen im Bereich **Corporate Social Responsibility** beschäftigt^[49]
- **European Services Forum** (ESF), einer Lobbyorganisation großer europäischer Dienstleister und ihrer Verbände
- **Kangaroo Group**

Finanzen

BusinessEurope legt seine Finanzierung nicht offen. Laut [EU-Transparenzregister](#) liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2017 zwischen 4 und rund 4,25 Millionen Euro.^[4]

Kurzdarstellung und Geschichte

Laut Selbstdarstellung repräsentiert BusinessEurope in Brüssel die politischen Interessen von 20 Millionen Mitgliedsunternehmen aus 34 Staaten. Als Hauptaufgabe versteht BusinessEurope die Verteidigung dieser Interessen gegenüber den europäischen Institutionen, und als Hauptziel die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen im internationalen Vergleich.^[50] Dies soll vor allem durch eine arbeitgeberfreundliche Gesetzgebung in den Bereichen Arbeit und Soziales sowie Umwelt und Klima erfolgen. Auch die Außen- und Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer sind von zentraler Bedeutung. Übergeordnetes Ziel der Arbeit von BusinessEurope ist ein beständiges ökonomisches Wachstum innerhalb der EU.

Eine Reihe nationaler Arbeitgeberverbände gründete 1949 den europäischen Dachverband Conseil des Fédérations Industrielles d'Europe (CIFE). Innerhalb dieses Rahmenvertrags schlossen sich im selben Jahr die nationalen Industrieverbände aus den 6 Mitgliedsstaaten der späteren Montanunion (EGKS) zusammen. Aus dieser ging im März 1958 die "Union des industries de la communauté européenne" (UNICE) hervor, die am 23. Januar 2007 in BusinessEurope umbenannt wurde.^[51] BusinessEurope ist ein internationaler gemeinnütziger Verein nach belgischem Recht (a.i.s.b.l.).

Weiterführende Informationen

- BusinessEurope im freiwilligen [Lobbyregister der EU](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [BusinessEuropea auf lobbyfacts.eu](#) lobbyfacts.eu, abgerufen am 03.12.2018
2. ↑ [Commission meetings](#), integritywatch.eu, abgerufen am 14.11.18
3. ↑ [Brussels' most powerful lobbyist? Step forward BusinessEurope](#) corporateeurope.org am 21.11.17, abgerufen am 20.11.18
4. ↑ ^{4,04,14,24,3} [<http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/displaylobbyist.do?id=3978240953-79>, ec.europa.eu, abgerufen am 15.10.2018
5. ↑ [The revolving door: greasing the wheels of the TTIP lobby](#), abgerufen am 19.09.2016
6. ↑ [European Business Summit](#) abgerufen am 13.11.18
7. ↑ [European Business Summit: Consolidating Corporate Power](#), Coporate Eurobe Observer im Oktober 2017, abgerufen am 20.11.18
8. ↑ [European Business Summit Events](#) abgerufen am 14.11.18

9. ↑ [BusinessEurope Day](#), abgerufen am 08.08.2016
10. ↑ [JEFTA: Ein exklusiver Handel zwischen EU-Unterhändlern und Großkonzernen](#), Corporate Europe Observatory am 29.05.2018, abgerufen a, 08.10.2018
11. ↑ [EU-Japan summit on 25 March 2013 – Letter from Markus J. Beyrer to José Manuel Barroso](#), BusinessEurope, abgerufen am 08.10.2018
12. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 09.10.2018
13. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
14. ↑ [BusinessEurope and Keidanren hold the 6th sector-to-sector meeting](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
15. ↑ [Joint Release – EU-Japan: Sixth sector-to-sector meeting held in Brussels](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
16. ↑ [JEFTA-Analyse: Konzernlobbyisten bekommen Einfluss auf Gesetze](#), LobbyControl, abgerufen am 10.10.2018
17. ↑ [Who lobbies most on TTIP?](#), Artikel vom 8. Juli 2014, Webseite coporateurope, abgerufen am 12.08.2014
18. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
19. ↑ [European Commission, BE-Chamber paper on a Regulatory cooperation component to an EU-US economic agreement \(TRADE internal assessment of relevance for EU-US Trade negotiations\)](#), 12 November 2012, abgerufen am 20.09.2016
20. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Letterto Daniel Mullaney, Re: Docket USTR-2012-0001, US Chamber of - BusinessEurope submission to the Federal Register Notice on the US-EU High-Level Working Group on Jobs and Growth, 2 February 2012](#), abgerufen am 20.09.2016
21. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Transatlantic Trade and Investment Partnership \(TTIP\), 2014](#), abgerufen am 20.09.2016
22. ↑ [European Commission, TTIP – EU proposal](#), abgerufen am 20.09.2016
23. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
24. ↑ [Joint Statment: High expectations for 14th round – EU and US must deliver now on TTIP](#), abgerufen am 08.08.2016
25. ↑ [Handelsgespräche aufgenommen](#), Bundesregierung am 11. September, abgerufen am 26.09.2018
26. ↑ [<https://www.politico.eu/article/donald-trump-eu-eye-trade-low-hanging-fruit/> A new approach to EU-US trade: Less is more], Politico am 19.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
27. ↑ [<https://www.politico.com/newsletters/morning-trade/2018/09/11/us-eu-playing-the-short-medium-and-long-game-on-trade-335952> U.S., EU playing the short, medium and long game on trade], Politico am 11.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
28. ↑ [Proposals for EU-US-regulatory cooperation](#), foeeurope.org, abgerufen am 20.11.18
29. ↑ [BusinessEurope: Worst Climate Lobbying](#), worstlobby.eu, abgerufen am 31.05.2012
30. ↑ [<https://scilogs.spektrum.de/umweltforsch/es-geht-nicht-nur-um-klimaschutz-der-vorschlag-von-businesseurope-f-r-die-europ-ische-energie-und-umweltpolitik-im-jahr-2030-greift-zu-kurz/> Es geht nicht nur um Klimaschutz! Der Vorschlag von BusinessEurope für die europäische Energie- und Umweltpolitik im Jahr 2030 greift zu kurz.], Umweltforsch vom 1.Juli 2013, abgerufen am 25.9.2018
31. ↑ [Unilever quits BusinessEurope following tensions over lobby group's stance on environment & climate change](#), Business Humanrights am 26.08.2014, abgerufen am 25.09.2018
32. ↑ [Investors urge businesses to quit climate-unfriendly EU lobby groups](#), Climate Home News vom 02.09.2015, abgerufen am 25.09.2018
33. ↑ [BusinessEurope memo on EU climate ambition](#), BusinessEurope am 13.9.2018, abgerufen am 25.09.2018

34. ↑ [Greenpeace: Industrie-Lobby will strengere EU-Klimaziele torpedieren](#), Greenpeace vom 19.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
35. ↑ [\[1\]](#), Europäische Kommission, abgerufen am 12.11.18
36. ↑ [Briefwechsel Timmermanns Beyrer](#), asktheeu.org, abgerufen am 12.11.18
37. ↑ [\https://www.alter-eu.org/secretcy-and-privileged-access-on-the-menu-for-annual-gathering-of-commissioners-and-big-business Secrecy and privileged access on the menu for annual gathering of commissioners and Big Business], Alter-EU, abgerufen am 12.11.18
38. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 28.09.2018
39. ↑ [Die selbstverordnete Bürokratie-Entschlackungskur](#), deutschlandfunk am 12.06.2018, abgerufen am 28.09.2018
40. ↑ [Better Regulation](#), BusinessEurope, abgerufen am 28.09.2018
41. ↑ [Better Regulation Watchdog](#) Better Regulation Watchdog, abgerufen am 01.10.2018
42. ↑ [How the European Union is doing the job of big businesses](#), Corporate Europe im Februar 2016, abgerufen am 01.10.2018
43. ↑ [Mitglieder der REFIT-Plattform – Gruppe der Interessenträger](#), Europäische Kommission, abgerufen am 09.11.18
44. ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
45. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
46. ↑ [Members](#), businessseurope.com, abgerufen am 16.03.2016
47. ↑ [ASGroup - our partner companies](#), businessseurope.com, abgerufen am 25.09.2018
48. ↑ [Alliance for a Competitive European Industry](#), businessseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
49. ↑ [Alliance for CSR](#), businessseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
50. ↑ [Mission and Priorities](#), businessseurope.com, abgerufen am 02.09.2016
51. ↑ [BusinessEurope](#), PowerBase, abgerufen am 31.05.2012

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist eine Vorfeld-Organisation der CDU. Der Wirtschaftsrat ist kein Gremium innerhalb der Partei, sondern ein Berufsverband von unionsnahen Unternehmer:innen mit rund 12.000 Mitgliedern. Eine Parteimitgliedschaft in der CDU ist keine Voraussetzung für eine Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat. Der Wirtschaftsrat ist ein einflussreicher Lobbyakteur, der enge Beziehungen in die Politik besitzt.

Seine Mitglieder erarbeiten in diversen Fachkommissionen politische Positionierung, die sie auch in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen. Dabei sind die Wege kurz; viele aktive CDU-Politiker sind Mitglieder des Wirtschaftsrats, z.B. die Bundestagsabgeordneten Christian Freiherr von Stetten (mittelstandspolitischer Sprecher und

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Recht	eingetragener Verein
sform	
Tätigk	Interessenvertretung der
eitsbe	unternehmerischen Wirtschaft
reich	gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründ	1963
ungsd	
atum	
Haupt	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44,
sitz	10117 Berlin
Lobby	
büro	
Lobby	
büro	
EU	
Weba	www.wirtschaftsrat.de

Vorstandsmitglieder der Unionsfraktion im Bundestag), Mark Helfrich (MdB) oder Joachim Pfeiffer (wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag).

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
dresse

[1] Der CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) ist Vizepräsident des Wirtschaftsrats, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ist Ehrenmitglied.

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische Erfolge etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[2] Zu Beginn der COVID-19-Pandemie forderte der Wirtschaftsrat, die europäischen Klimaschutzziele nicht zu erhöhen und kritisierte die Corona-Hilfspakete der Europäischen Union.^[3] Zudem sprach er sich gegen eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes aus.^[4] Mit Verweis auf die Pandemie lehnte er sowohl die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns als auch die Einführung der Grundrente zum Jahr 2021 ab.^{[5][6]}

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	50
2 Fallstudien und Kritik	51
2.1 Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	51
2.2 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	52
3 Finanzen	53
4 Zitate	54
5 Organisationsstruktur und Personal	54
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	59
7 Einzelnachweise	59

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[7]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrats war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue Studie zum CDU-Wirtschaftsrat. In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderen Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[8] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[9]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[10] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als Freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[11]

Auch spielt das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[12] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[13] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[12]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch

relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist. ^[14] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit." ^[15] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden." ^[16] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]." ^[17] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren. ^[18]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemüht sich durch massive Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss eines Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen fordert der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnet es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...]." ^[19] Weiter behauptet Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“ ^[20]

Das Lieferkettengesetz soll es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen. ^[21] Der Wirtschaftsrat versucht diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen. ^[22]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats Lars P. Feld ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so Feld. ^[23] Feld macht deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue. ^[24]

Der Wirtschaftstag - das Lobbyforum des Wirtschaftsrats

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet. ^[25] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik. In den vergangenen Jahren waren u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Bundesminister:innen Jens Spahn, Peter Altmaier, Anja Karliczek und Annegret Kramp-Karrenbauer zu Gast. Sie trafen auf ranghohe Vertreter:innen zahlreicher großer Unternehmen, wie RWE, BMW, Siemens, der Deutschen Bank oder Daimler.

Führende Politiker:innen von CDU und CSU loben den Wirtschaftstag:

Paul Ziemiak (Generalsekretär der CDU) : *"Der Wirtschaftstag ist das politische Großereignis in Berlin, wenn es darum geht, dass Politik mit Wirtschaft ins Gespräch kommt."* ^[26]

Nadine Schön (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion): *"[Der Wirtschaftstag] ist ein Tag, an dem vor allem die Vernetzung im Vordergrund steht, an dem viele Unternehmen sich auch mit der Politik vernetzen und austauschen und das halte ich gerade in diesen Zeiten für besonders wichtig."* ^[27]

Andreas Scheuer (Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur): *"Ich bin froh über dieses Engagement. Unterstützung, kritisch sein, treiben - das brauchen wir und der Wirtschaftstag gehört als Pflichtprogramm in den Kalender."* ^[28]

Kontroverse um den Landesdatenschutz

Der Wirtschaftsrat der CDU forderte im Jahr 2012, die 16 unabhängigen Datenschutzbehörden der Bundesländer zugunsten einer bundesweit zuständigen Behörde aufzulösen. Dies bekräftigte **Dorothee Belz**, welche den Internetarbeitskreis des Wirtschaftsrats leitet und zugleich bei **Microsoft** in der Geschäftsführung tätig ist. Der Wirtschaftsrat der CDU hält die Landesdatenschützer für ein Hemmnis für Internet-Startups in Deutschland. ^[29]

Finanzen

Der Verein finanziert sich durch die Beiträge seiner Mitglieder. Allerdings wird die Finanzierung seiner Veranstaltungen von Sponsoren unterstützt. Sponsoren des Wirtschaftstags 2019 waren u.a. die Deutsche Bank, BMW, RWE oder Siemens. Die Finanzmarktklausur 2019 wurde u.a. von Wirecard gesponsert.

Wirecard und BlackRock waren zudem Sponsoren des Wirtschaftstags 2018. ^[30] Die Hauptsponsoren des Wirtschaftstags 2020 waren die Bank ING, die Investmentbank Union Investment, das Wirtschaftsprüfungsunternehmen PwC und Telefonica/O2. ^[31]

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen." ^[32] (wirtschaftsrat.de)

Astrid Hamker über die Corona-Hilfen der Europäischen Union:

"Es ist nicht akzeptabel, wenn die südeuropäischen Staaten mit großzügigen, bedingungslos gewährten Geldgeschenken für ihre Verschwendung und ihre wirtschaftspolitischen Fehlleistungen der vergangenen Jahrzehnte belohnt werden. Der Sparsame darf am Ende nicht der Dumme sein." ^[33] (wirtschaftsrat.de)

Lars P. Feld (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." ^[34] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> • Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Friedrich Merz	<ul style="list-style-type: none"> • CDU-Politiker • Aufsichtsratsvorsitzender BlackRock Deutschland (bis März 2020)
Vizepräsident	Hans Helmut Schetter	Kammerdiener Peegut Gruppe, Beiratsvorsitzender
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Henneke Lütgerath	M.M.Warburg & CO, Mitglied des Aktionärsausschusses
		<ul style="list-style-type: none"> • UBS Europe SE, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Position	Name	Tätigkeit
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> • Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender
Mitglied	Christian Sewing	Deutsche Bank , Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> • CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mittelstandspolitischer Sprecher • Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender
Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger	ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Wendelin von Boch, Nikolaus Breuel, Sabine Christiansen, Hugo Fiege, Renata Jungo Brüngger, Christian Klein, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Christian Sewing, Bettina Würth	

(Stand: November 2020) ^[35]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören die Mitglieder 74 Personen an. Dazu zählen die Mitglieder des Präsidiums sowie folgende Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Alfons Hörmann	Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes
Hildegard Müller	Präsidentin Verband der Automobilindustrie e.V.
Aygül Özkan,	<ul style="list-style-type: none"> • CDU-Politikerin • Geschäftsführerin des Zentralen Immobilien Ausschusses e.V. (ZIA)
Lutz Raettig	Aufsichtsratsvorsitzender der Morgan Stanley Bank AG
Thomas Schäfer	Staatsminister Hessisches Ministerium der Finanzen
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung

(Stand: November 2020) ^[36]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 12 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer die für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen fließen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
	Hans Joachim	Union Asset Management Holding AG, Vorsitzender

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Reinke	des Vorstands
Bau, Immobilien, Smart Cities	Michael Zahn	Deutsche Wohnen AG, CEO
Beirat Industriepolitik	Martin Daum	Daimler Trucks & Busse, Mitglied des Vorstands
Beirat Next Generation	Friedericke Hagenbeck	Tierpark Hagenbeck, Geschäftsführerin
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Marc Andree Groos	Vaillant Group, Geschäftsführer
Energiepolitik	Karsten Wildberger	E.ON , COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Raettig	Morgan Stanley Bank AG, Aufsichtsratsvorsitzender
Familienunternehmen und Mittelstand	Rolf Schnellecke	Schnellecke Group AG & Co. KG, Aufsichtsratsvorsitzender
Gesundheitswirtschaft	Birgit König	Allianz Private Krankenversicherungs-AG, Geschäftsführerin
Handel, Ernährung, Verbraucherschutz	Gerd Chrzanowski	Schwarz Zentrale Dienste KG, Vorsitzender des Vorstands
Handel Non food	Alexander von Preen	INTERSPORT Deutschland, Vorsitzender des Vorstands
Innovationsforum	Ulrich Störk	PricewaterhouseCoopers , Sprecher der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißinger	MTU Aero Services, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP, Chief Information Officer
Junge Generation	Thomas Lang	INTARGIA Managementberatung GmbH, Partner
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Hans Georg Krabbe	ABB, Vorsitzender des Vorstands
Steuern	Frank W. Grube	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Wösten	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rhenus SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Wirtschaftsweiser und Leiter des Walter Eucken Instituts

(Stand: Dezember 2019) ^[37]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Vorstand
Deutsch-Französische Wirtschaftsbeziehungen	Frank Haun	Deutsche Bank, Mitglied des Vorstands
Europäische Sicherheits- und	Hans Joachim	Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG,

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Verteidigungspolitik	Reinke	Vorsitzender der Geschäftsführung
Gigabit-Gesellschaft	Christoph Clément	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Krankenhausreform	Kai Hankeln	Asklepios Kliniken, Konzerngeschäftsführer CEO
Mehr privat für einen starken Staat	Wolfgang Clement (verstorben)	Bundeswirtschaftsminister a.D.
Medienwirtschaftspolitik	Thomas Dittrich	Europäischen Medien- und Business-Akademie, Geschäftsführender Gesellschafter
Moderne Verwaltung und Bürokratieabbau	Marc Reinhardt	Head of Public Sector and Health Capgemini, Mitglied der Geschäftsführung
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Thomas Bünger	Aurubis AG, Mitglied des Vorstandes
Staatsfinanzen	Eckhardt Rehberg	MdB, Haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Wolfgang Stelzle	RE'FLEKT GmbH, CEO

(Stand: Dezember 2019) ^[38]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Vorsitzenden des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#). Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats waren jahrelang auf der Webseite des Wirtschaftsrats öffentlich einsehbar. Seit dem 28. Juni 2017 ist diese Einsicht passwortgeschützt und damit ausschließlich für Mitglieder des Wirtschaftsrats zugänglich. ^[39] [Clemens Fuest](#) weist auf der Webseite des Ifo-Instituts auf seine Mitgliedschaft hin. ^[40]

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Vorsitzender Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender "Kronberger Kreis" der Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher
Marc Oliver Bettzüge	Energiewirtschaftliches Institut (EWI) , Direktor
Norbert Bolz	TU Berlin, Lehrstuhl für Medienwissenschaften
Georg Erdmann	TU Berlin, Institut für Energietechnik
	<ul style="list-style-type: none"> Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Institut, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • "Kronberger Kreis" der Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Goethe Business School, Dekan • Uni Frankfurt am Main, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, Schwerpunkt Finanzen
Klaus Henning	<ul style="list-style-type: none"> • Senior Berater OSTO-Systemberatung GmbH • Senior Advisor Institutscluster IMA / ZLW & IfU an der RWTH Aachen
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied • Institut Finanzen und Steuern, Direktorin • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Franz-Josef Radermacher	Leiter Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung in Ulm Lehrstuhl für Datenbanken und künstliche Intelligenz, Uni Ulm
Thomas Straubhaar	<ul style="list-style-type: none"> • Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI), ehem. Direktor • Uni Hamburg, Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. Wirtschaftspolitik • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter
Michael Stürmer	Publizist und Chefkorrespondent „Die Welt“
Eberhard Wille	<ul style="list-style-type: none"> • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, ehem. Stellv. Vorsitzender^[41] • Uni Mannheim, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft
Martin Werding	<ul style="list-style-type: none"> • Uni Bochum, Lehrstuhlinhaber für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen • Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied • Arbeitskreis Finanzwissenschaft des Bundesfinanzministeriums, Mitglied

(Stand: April 2016) ^[42]

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den [Wirtschaftsrat Brüssel](#) (Landesverband Brüssel) und den [Wirtschaftsrat Sektion New York](#).

Netzwerke

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen zusammen. Zur EU-Kommission und zum EU-Parlament besitzt der Wirtschaftsrat einen besonderen Zugang: Denn [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, ist (beratendes) Mitglied des Präsidiums. Zudem waren einflussreiche CDU-Europaparlamentarier jahrelang kooptierte Vorstandsmitglieder des [Wirtschaftsrats Brüssel](#), einem Landesverband des Wirtschaftsrats: [Rainer Wieland](#) bis 2016, [Werner Langen](#) und [Godelieve Quisthoudt-Rowohl](#) bis 12/2018.^{[43][44][45]}

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Die Landesverbände des Wirtschaftsrats](#), abgerufen am 11.11.2020.
2. ↑ [Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 16.04.2019.
3. ↑ [Wirtschaftsrat gegen überzogene Verschärfung der Klimaziele](#), wirtschaftsrat.de abgerufen am 13.11.2020.
4. ↑ [Wirtschaftsrat lehnt Erhöhung des Kurzarbeitergeldes ab](#), wirtschaftsrat.de abgerufen am 13.11.2020.
5. ↑ [Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns aussetzen](#), wirtschaftsrat.de abgerufen am 13.11.2020.
6. ↑ [Einführung der Grundrente nicht realistisch](#), wirtschaftsrat.de abgerufen am 13.11.2020.
7. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
8. ↑ Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU: <https://www.lobbycontrol.de/2021/03/neue-studie-die-klimabremser-lobby-im-machtzentrum-der-cdu/>, abgerufen am: 30.03.21
9. ↑ "Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser", S. 4ff., <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbycontrol-Studie-Wirtschaftsrat-Klimabremser.pdf>, abgerufen: 30.03.21
10. ↑ [Jahresbericht 2019](#), Wirtschaftsrat der CDU: Jahresbericht 2019, S. 6, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
11. ↑ [Imagebroschüre 2019](#), vgl. S. 20, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
12. ↑ ^{12,012,1} "Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser", S. 33ff., <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbycontrol-Studie-Wirtschaftsrat-Klimabremser.pdf>, abgerufen: 30.03.21
13. ↑ Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen“, Götze und Joeres, 2020, S. 182 ff.

14. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, abgerufen am 11.11.20, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, abgerufen am 11.11.20.
15. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de abgerufen am 13.11.2020.
16. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de abgerufen am 13.11.2020.
17. ↑ ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de abgerufen am 13.11.2020.
18. ↑ ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de abgerufen am 13.11.2020.
19. ↑ [Pressemitteilung vom 28.10.20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
20. ↑ [Pressemitteilung vom 28.10.20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
21. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.09.20.
22. ↑ [Pressemitteilung vom 28.10.20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
23. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.20, abgerufen am 11.11.20.
24. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.20, abgerufen am 24.09.20.
25. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
26. ↑ [Der Wirtschaftstag 2018](#), vgl. ab Minute 6:00, abgerufen am 12.11.20.
27. ↑ [Der Wirtschaftstag 2018](#), vgl. ab Minute 6:31, abgerufen am 12.11.20.
28. ↑ [Der Wirtschaftstag 2019](#), vgl. ab Minute 7:13, abgerufen am 12.11.20.
29. ↑ ["Die Landesdatenschützer müssen weg"](#), golem.de vom 2.3.2012, abgerufen am 07.03.2012.
30. ↑ [Sponsoring der einzelnen Veranstaltungen](#), wirtschaftstag.de, abgerufen am 13.11.2020.
31. ↑ ["Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser"](#), S. 17, <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbycontrol-Studie-Wirtschaftsrat-Klimabremser.pdf>, abgerufen: 30.03.21
32. ↑ [Jahresbericht 2019](#), vgl. S. 6, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
33. ↑ [<https://wirtschaftstag.wirtschaftsrat.de/> Wirtschaftstag 2020, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 17.11.20.
34. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.20, abgerufen am 11.11.20.
35. ↑ [Präsidium](#), abgerufen am 11.11.2020.
36. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 11.11.2020.
37. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2019](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
38. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2019](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
39. ↑ [Mitgliederlogin](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.06.2017
40. ↑ [Stipendien, Preise und Mitgliedschaften](#), ifo.de, abgerufen am 18.12.2020
41. ↑ [Mitglieder des Sachverständigenrates Webseite SVR](#), abgerufen am 19.12.2020
42. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat - Zukunftskommission des Wirtschaftsrates](#), abgerufen am 28.04.2016.
43. ↑ [Wirtschaftsrat Brüssel: Wirtschaftskompetenz für Europa](#), docplayer.org, abgerufen am 17.04.2019
44. ↑ [Jahresbericht 2016 Wirtschaftsrat, Landesverband Brüssel](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 18.04.2019
45. ↑ [Jahresbericht 2018 Wirtschaftsrat, Landesverband Brüssel](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 18.04.2019.

Transatlantic Policy Network

Transatlantic Policy Network (TPN)

Transatlantic Policy Network (TPN)

Das **Transatlantic Policy Network (TPN)** ist eine Organisation großer europäischer und US-amerikanischer Unternehmen sowie wirtschaftsnaher Netzwerke, die durch die Einbindung von europäischen und US-amerikanischen Politikern die transatlantische Politik im Sinne ihrer wirtschaftlichen Interessen beeinflusst. Das TPN setzte sich insbesondere für das geplante US-EU-Freihandelsabkommen **TTIP** ein.



Rechtsform	Nichtregierungsorganisation
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	1992
Hauptsitz	Brüssel und Washington
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue Froissart 115, 1040 Brüssel
Webadresse	www.tponline.org

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	61
2 Organisationsstruktur und Personal	62
2.1 Vorstand ("Board of Directors")	62
2.2 Lenkungsausschuss ("Steering Committee")	62
2.3 Beratender politischer Ausschuss ("Advisory Political Committee")	62
2.4 Beratender Unternehmensausschuss ("Advisory Business Committee")	62
2.5 Ehrenpräsidenten	62
2.6 Mitglieder	63
2.7 Kooperierende Organisationen ("Cooperating Institution")	63
3 Finanzen	63
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	63
5 Einzelnachweise	63

Aktivitäten

Das TPN dient der Interessenkoordinierung und Vernetzung von Unternehmen, Verbänden, Parlamentariern und Regierungsvertretern aus den USA und der EU. Die Positionen des TPN sind der Initiative [Strengthening and renewing the transatlantic agenda](#) und [The TPN PAPERS: TOWARDS TRANSATLANTIC PARTNERSHIP 2030](#) zu entnehmen. Die Interessenkoordinierung findet insbesondere in den Lenkungsausschüssen („Steering Committees“) statt. Außerdem gibt es fünf Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen: Political Dimension, Security and Defence, Sustainable Development, Digital transformation sowie Trade and investment. Als weitere Aktivitäten werden genannt:

- „Transatlantic Week“. Diese mehrtägige Konferenz findet jährlich statt. Teilnehmer sind Abgeordnete, Mitglieder der US Administration, Beamte der EU-Institutionen, Vertreter der Wirtschaft und der Verbände
- “Outreach Roundtables“ sind Informelle Gesprächsrunden

- "Political and Educational Exchanges". Es handelt sich um einen Meinungsaustausch mit Mitgliedern des US-Kongresses und des Europäischen Parlaments. Über langfristige Kontakte wird auch der Austausch von Mitarbeitern erleichtert, der von kooperierenden Organisationen ("cooperating institutions") organisiert wird.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand ("Board of Directors"))

Mitglieder des fünfköpfigen [Board of Directors](#) sind u.a.:

- James Ellis, Vorsitzender, bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments (Großbritannien/Konservative Partei), Mitgründer und Mitglied des Lenkungsausschusses („Steering Committee“) des [European Internet Forum](#) (EIF)
- Thierry de l'Escaille, Generalsekretär der European Landowner's Association

Lenkungsausschuss ("Steering Committee")

- Vorsitzende des EU-Lenkungsausschusses ist Danuta Hübner, Mitglied des Europäischen Parlaments (Polen/EPP), dort Mitglied im „Ausschuss für internationalen Handel“ und „Ausschuss für Wirtschaft und Währung“) sowie Mitglied von: [European Parliamentary Financial Services Forum](#), [Knowledge4Innovation](#) und [European Internet Forum](#)
- Vorsitzender des US-Lenkungsausschusses ist Jim Costa, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (Demokrat)

Beratender politischer Ausschuss ("Advisory Political Committee")

Vorsitzende ist Kati Piri, Mitglied des Europäischen Parlaments (Niederlande/S&D), dort Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel

Beratender Unternehmensausschuss ("Advisory Business Committee")

- Vorsitzender auf EU-Seite: [Burkhard Ober](#), Associate Partner bei der Hume Brophy Consultancy mit Zuständigkeit für Lobbyismus, Vorsitzender des [Wirtschaftsrat Brüssel](#), bis 08/2020 Head of Global Public Policy bei der [Allianz SE](#)
- Vorsitzender auf US-Seite: [Lisa Schroeter](#), Global Director, Trade and Investment Policy bei Dow Chemical, ehem. Direktorin des [Transatlantic Business Dialogue](#) (TABD) und Mitglied einer Vielzahl wirtschaftsnaher Organisationen

Ehrenpräsidenten

- Ehrenpräsident auf EU-Seite: [Elmar Brok](#)
- Ehrenpräsident auf US-Seite: John Boehner

Mitglieder

- [Mitglieder des Europäischen Parlaments](#) sind u.a.: Reinhard Bütikofer (Deutschland/EFA), Constanze Angelika Krehl (Deutschland/S&D), Sergey Lagodinsky (Deutschland/EFA), [Andreas Schwab](#) (Deutschland/EPP), Daniel Caspary (Deutschland/EPP), Michael Gahler (Deutschland/EPP), Jan-Christian Ehler (Deutschland/EPP), [Markus Ferber](#) (Deutschland/EPP), David McAllister (Deutschland/EPP), Sven Schulze (Deutschland/EPP) und Axel Voss (Deutschland/EPP)
- [Mitglieder des US-Kongresses](#) sind Senator Roger Wick und 10 Mitglieder des Repräsentantenhauses
- [Business Members](#) sind u.a.: Allianz, Siemens, [BASF](#), [Daimler](#), [Facebook](#), [Microsoft](#), [Apple](#), [Bertelsmann](#), Dow Chemical, [Google](#) und UPS

Kooperierende Organisationen ("Cooperating Institution")

Zu den [kooperierende Organisationen](#) gehören: [AmCham EU](#), [Businesseurope](#), [European Policy Centre \(EPC\)](#), [European-American Business Council](#), [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik \(DAPG\)](#), [European Roundtable of Industrialists \(ERT\)](#)

Finanzen

Laut [EU Transparenz-Register](#) finanziert das TPN sich ausschließlich über Mitgliedsbeiträge. Das Budget belief sich im Jahr 2020 auf ca. 487 Tsd. Euro.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

European Policy Centre

Das **European Policy Centre (EPC)** ist eine Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zu EU-Institutionen. Mitglieder sind u.a. eine Reihe von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden. Das EPC kam 2010 in die Kritik, weil es in den 90er Jahren als Vorfeldorganisation einer von der Tabakindustrie angeführten Unternehmensallianz diente.

European Policy Centre

Rechtsform	AISBL (nach belgischem Recht)
Tätigkeitsbereich	Denkfabrik
Gründungsdatum	1997

Strategische Partner sind die King Baudoin Foundation und die Adessium Foundation. Zu den think tank Partnern gehört die [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#). Es ist weiterhin Teil des [Transatlantic Policy Network](#) (TPN).

European Policy Centre	
Hauptsitz	Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	155 rue de la Loi, B-1040 Brüssel
Webadresse	http://www.epc.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategie und Einfluss	64
2 Kurzdarstellung und Geschichte	65
3 Organisationsstruktur und Personal	65
3.1 Mitglieder	65
3.2 Präsident	66
3.3 Geschäftsführer	66
3.4 Verwaltungsrat	66
3.5 "General Assembly"	66
3.6 Beirat (Strategic Council)	66
4 Finanzen	67
5 Fallstudien und Kritik	67
5.1 Das EPC als Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie	67
6 Weiterführende Informationen	68
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	68
8 Einzelnachweise	68

Lobbystrategie und Einfluss

Zu den Vorteilen einer Mitgliedschaft verweist das EPC u.a. auf den einzigartigen Zugang zu seinem Netzwerk von Organisationen sowie zu EU-Kommissaren, EU-Parlamentariern, hochrangigen Vertretern von EU-Institutionen und internationalen Organisationen, die regelmäßig bei den Veranstaltungen auftreten.^[1] Über seine Veranstaltungen und Publikationen nehme es Einfluss auf die Diskussionen zu Europa und die wichtigen Fragen, denen sich die EU konfrontiert sehe. Das EPC agiere als Katalysator für neues Denken und neue Lösungen. Viele Mitglieder des EPC sind Großunternehmen und einflussreiche Verbände, die über die genannten Kontaktmöglichkeiten ihre wirtschaftlichen Interessen bei der Ausgestaltung eines neuen Europa einbringen können. Zu den Großunternehmen gehören z.B. [BASF](#), [ExxonMobil](#), [Google](#) und [Siemens](#), zu den Verbänden [Buneseurope](#), der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDE), [Cefic](#), [EuropaBio](#) und der [Verband der Chemischen Industrie](#). Die Kontaktaufnahme zur EU wird auch dadurch erleichtert, dass ehemalige ranghohe Vertreter von EU-Institutionen beim EPC mitwirken. So war der Präsident des EPC, Hermann Van Rompuy, Vorsitzender des Europäischen Rats. Fabio Colasanti, Mitglied des Verwaltungsrats, ist ein ehemaliger Generaldirektor der Europäischen Kommission. Joaquin Almunia, Mitglied des Beirats, war EU-Wettbewerbskommissar. 2015 hat das EPC ca. 150 Veranstaltungen in Brüssel organisiert, von denen etwa die Hälfte öffentlich waren.^[2] Weiterhin erstellte das EPC 2015 67 Publikationen.

Kurzdarstellung und Geschichte

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Das EPC wurde 1997 von Stanley Crossick, Max Kohnstamm und John Palmer gegründet. Gründungsvorsitzender war der Lobbyist Stanley Crossick, u.a. Gründer des Belmont European Community Office und des Belmont European Policy Centre sowie Senior Vice-Chairman der American Chamber of Commerce (EC Committee).^{[3][4]}

Das EPC analysiert Entwicklungen in der EU und erarbeitet Reformvorschläge, die sie Vertretern der EU-Institutionen nahe bringt. Als Schwerpunktthemen werden genannt: „European Politics and Institutions“, „European Migration and Diversity“, „Europe in the World“, „Sustainable Prosperity for Europe“ und „Social Europe & Well-being“.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Mitglieder: 341 (Stand: 10/2016), darunter

- 53 international tätige Großunternehmen
- 74 Verbände
- 78 Diplomaten
- 26 Stiftungen
- 3 Regierungsorganisationen
- 14 zwischenstaatliche Organisationen
- 45 Nichtregierungsorganisationen
- 33 regionale und lokale Regierungsorganisationen
- 7 religiöse Organisationen
- 2 Universitäten und
- das Internationale Komitee des Roten Kreuzes.

Quelle: ^[5]

Präsident

Präsident ist:

- Hermann Van Rompuy, bis 11/2014 Vorsitzender des Europäischen Rats

Geschäftsführer

Geschäftsführer („Chief Executive“/„Secretary to the General Assembly“) ist:

- Fabian Zuleeg, Mitglied der High Level Group on Digital Entrepreneurship der EU-Kommission^[6]

Verwaltungsrat

Mitglieder sind:

- Poul Skytte Christoffersen (Vorsitzender und Vorsitzender der General Assembly), ehem. dänischer Botschafter in Belgien, ehem. Ständiger Vertreter Dänemarks bei der EU
- Fabio Colasanti, früherer Generaldirektor der Europäischen Kommission
- Jacki Davis, Geschäftsführerin von Meade Davis Communications
- Philippe de Buck, ehem. Generaldirektor von [Businessseurope](#) und Chefberater von [Hill+Knowlton](#)
- Andrew Duff, ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments (Liberal Democrats)
- George Pagoulatos, Professor für Europäische Politik und Wirtschaft
- Stefan Schäfers, King Baudouin Stiftung
- Ylva Tivéus, ehem. Director of Citizens bei der Generaldirektion Kommunikation, EU-Kommission

Quelle: ^[7]

"General Assembly"

Mitglieder sind:

- Poul Skytte Christoffersen (Vorsitzender und Vorsitzender des Verwaltungsrats), ehem. dänischer Botschafter in Belgien, ehem. Ständiger Vertreter Dänemarks bei der EU
- Zu den weiteren Mitgliedern gehören die sonstigen Mitglieder des Verwaltungsrats sowie vier weitere Personen

Quelle: ^[8]

Beirat (Strategic Council)

Mitglieder, u.a.:

- | | |
|----------------------------------|---|
| Herman Van Rompuy
(Präsident) | <ul style="list-style-type: none">• TomorrowLab, Vorsitzender des Beirats^[9]• bis 11/2014 Präsident des Europäischen Rats |
|----------------------------------|---|

Mitglieder, u.a.:

- Joaquin Almunia**
 - [Centre for European Policy Studies \(CEPS\)](#), Mitglied des Verwaltungsrats („Board of Directors“)^[10]
 - [Friends of Europe](#), Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“)^[11]
 - bis 2014 EU-Wettbewerbskommissar und Vizepräsident der EU-Kommission
- Lord Kerr of Kinlochard**
 - [Trilaterale Kommission](#), Mitglied
 - [Royal Dutch Shell](#), 2005-2012 Stellv. Vorstandsvorsitzender
 - ehem. Botschafter Großbritanniens bei der EU
- Erika Mann**
 - seit 10/2011 [Facebook](#), Leiterin des Brüsseler Lobbybüros
 - ehem. Mitglied des [Europäischen Parlaments](#) für die [SPD](#)
 - [Atlantic Council](#), Senior Fellow
- Jo Leinen**
 - [SPD](#), Mitglied des [Europäischen Parlaments](#)
- Larry Stone**^[12]
 - [British Telecom](#), Cheflobbyist
 - [Trans-Atlantic Business Council](#), Mitglied des Board
- Wolfgang Schäuble**
 - [Bertelsmann Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [European Council on Foreign Relations \(ECFR\)](#), Mitglied
 - ehem. österreichischer Bundeskanzler

(Stand: Januar 2017) Quelle: ^[13]

Finanzen

Das Budget lag 2015 bei 2 Mio. Euro. Der Großteil wurde über Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse der EU, die King Baudouin Stiftung und FutureLabEurope finanziert. Hinzu kamen Spenden diverser Unternehmen und Stiftungen. Zu den größeren Spendern gehören Johnson & Johnson, die University of Naples und die Open Society Foundation. Quelle:^[14]

Fallstudien und Kritik

Das EPC als Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie

Eine Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden setzte in den 1990er Jahren durch, dass europäische Gesetze vorab auf ihre ökonomischen Kosten untersucht und dabei vor allem die betroffenen Branchen gehört werden sollten. Damit sollte der Ablauf des europäischen Gesetzgebungsverfahrens prinzipiell so gestaltet werden, dass die eigenen Interessen möglichst gut zur Geltung kommen. Die strategische Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden wurde von dem Lucky Strike-Hersteller [British American Tobacco \(BAT\)](#) ins Leben gerufen.

Um die Glaubwürdigkeit der Lobbykampagne zu erhöhen, sollte nicht BAT selber, sondern eine möglichst renommierte „Frontorganisation“ die Initiative ergreifen. Ausgewählt hierfür wurde das European Policy Centre (EPC) als Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zur EU-Administration. EPC wiederum gründete im Auftrag von BAT das „risk assessment forum“, das als Plattform für Unternehmen gedacht war, die von staatlicher Regulierung besonders betroffen sind. Dieses Vorgehen wurde durch eine Studie in der Medizinzeitschrift "Public Library of Science" im Januar 2010 bekannt. EPC sagte nach dem Erscheinen, das EPC habe sich seitdem grundlegend umstrukturiert. ^[15]

Weiterführende Informationen

- [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.03.2010 zu der Studie über EPCs Tätigkeit als Frontgruppe der Tabakindustrie in den 90er Jahren

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [EPC's international membership](#), epc.eu, abgerufen am 02.11.2016
2. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 01.11.2016
3. ↑ [European Policy Centre mourns the death of its Founding Chairman Stanley Crossick](#), Pressemitteilung 22.11.2010, epc.eu, abgerufen am 03.11.2016
4. ↑ [Corporate Europe Observer Part One: The European Policy Centre](#), archive.corporateeurope.org 23.10.1998, abgerufen am 03.11.2016
5. ↑ [List of Members](#), epc.eu, abgerufen am 01.11.2016
6. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 01.11.2016
7. ↑ [Governing Structures](#), epc.eu, abgerufen am 01.11.2016
8. ↑ [Governing Structures](#), epc.eu, abgerufen am 01.11.2016
9. ↑ [Management Advisory Board](#), tomorrowlab.com, abgerufen am 21.04.2016
10. ↑ [CEPS Board of Directors](#), cepe.eu, abgerufen am 15.01.2017
11. ↑ [Board of Trustees](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 15.01.2017
12. ↑ [Speaker profile](#), eifonline.org, abgerufen am 02.11.2016
13. ↑ [Advisory Council](#) Webseite EPC, abgerufen am 16.01.2017
14. ↑ [Financing](#), epc.eu, abgerufen am 02.11.2016
15. ↑ [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.3.2010, abgerufen am 21.09.2011

DaimlerChrysler

Weiterleitung nach:

- [Daimler](#)

Hermann Otto Solms

Hermann Otto Solms (*24. November 1940 in Lich), FDP-Finanzexperte, Mitglied des Präsidiums und des Bundesvorstands der FDP, Alterspräsident des Deutschen Bundestages und Ehrenvorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Kuratoriumsmitglied der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), ist Mitglied des Politischen Beirats der Kommission "Steuergesetzbuch" des marktliberalen Netzwerks [Stiftung Marktwirtschaft](#), deren Mitglieder in einer Vielzahl von Beratungsgremien der Bundesregierung vertreten sind. Weiterhin ist er Mitglied des Beirats des Politikberaters [Thelen Consult](#) und des Unternehmensberaters [CNC Communications & Network Consulting](#), zu dessen Aktivitäten auch die politische Kommunikation gehört. Außerdem ist er Mitglied des Parlamentarischen Beirats des [Bundesverbandes der Dienstleistungswirtschaft](#) (BDWi). Solms kandidiert erneut für den Deutschen Bundestag.^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	69
2 Verbindungen / Netzwerke	69
3 Wirken.....	70
3.1 Drei-Stufen-Modell	70
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	70
5 Einzelnachweise	70

Karriere

(Quelle: ^[2])

- seit 2017 Alterspräsident des Deutschen Bundestages
- 1998 - 2013 Vizepräsident des Deutschen Bundestages
- 1987 - 1999 und von 2004 - Mai 2011 Bundesschatzmeister der FDP
- Mitglied des Präsidiums und des Bundesvorstandes der FDP
- 1980 - 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1976 - 1989 FDP-Kreisvorsitzender in Gießen
- 1976 - 1984 unternehmerische Tätigkeit
- 1975 Promotion zum Dr. agr.
- 1969 Diplomökonom
- 1964 - 1968 Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Landwirtschaft
- 1960 - 1964 Abitur, Wehrdienst, Banklehre

Verbindungen / Netzwerke

(Quelle: ^[3])

- Mitglied des "Politischen Beirats" der Kommission "Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- Mitglied des Parlamentarischen Beirats des [Bundesverbandes der Dienstleistungswirtschaft](#) (BDWi) und des Bundesverbands Deutscher Vermögensberater
- Mitglied des Beirats von [Thelen Consult](#), [Deutsche Vermögensberatung](#) und Universum Verlagsanstalt

- Mitglied des Expertenrats der [CNC Communications & Network Consulting](#)
- Vorsitzender des Aufsichtsrats der Piper Generalvertretung Deutschland AG
- Vorsitzender des Stiftungsrats der [Deutsche Stiftung Eigentum](#)
- Mitglied des Senats von [Wir Eigentümerunternehmer](#)

Wirken

Drei-Stufen-Modell

In der Steuerpolitik hatte Solms als Finanzpolitischer Sprecher der FDP und Kandidat für das Amt des Finanzministers 2008 ein Drei-Stufen-Modell mit einer Steuertariftreppe von 10, 25 und 35 Prozent entwickelt, das Wolfgang Schäuble, dem das Amt dann tatsächlich zufiel, nicht umsetzte.^[4] Solms zog sich daraufhin aus der Finanzpolitik weitgehend zurück, ist jedoch immer noch Vorsitzender des Bundestags-Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen und steuerpolitisch im marktliberalen Netzwerk [Stiftung Marktwirtschaft](#) aktiv.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Solms kandidiert](#), giessener-anzeiger.de, abgerufen am 11.01.2017
2. ↑ [Lebenslauf auf seiner Homepage](#), abgerufen am 15. 12. 2015
3. ↑ [Biografie Deutscher Bundestag](#) und Webseiten der genannten Organisationen
4. ↑ [Hermann Otto Soms FDP verliert ihren wichtigsten Steuerexperten](#), Handelsblatt vom 5. November 2009

Christine Scheel

Christine Scheel (* 31. Dezember 1956 in Aschaffenburg), Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen und von 1994 bis zum 16. Januar 2012 Mitglied des Bundestages. Seit dem 1. Februar 2012 ist Scheel im Aufsichtsrat der HEAG Südthessische Energie AG.^[1] Bereits Ende April 2012 wurde jedoch bekannt, dass sie den Konzern in Kürze wieder verlassen wird.^[2] Seit März 2014 ist sie Vorsitzende des Kuratoriums der Evangelischen Akademie Tutzing.^[3]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	71
2 Verbindungen / Netzwerke	71
3 Wirken	71
3.1 Seitenwechsel zu HSE	71
4 Zitate	71

5 Weiterführende Informationen	71
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	72
7 Einzelnachweise	72

Karriere

- seit 3/2014 Vorsitzende des Kuratoriums der Evangelischen Akademie Tutzing
- 1994-01/2012 Mitglied des Bundestages
- 1998-2005 Vorsitzende des Finanzausschusses im Bundestag
- 1986-1994 Mitglied des Bayerischen Landtages

Verbindungen / Netzwerke

- Mitglied des [Konvent für Deutschland](#)
- ehemalige Botschafterin der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)^[4], trat im Dezember 2004 aus der INSM aus^[5], beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen.^[6]
- Mitglied des Expertenrates der [CNC Communications & Network Consulting](#)
- Mitglied des "Gemeinsamen Beirats" der [Barmenia](#) Versicherungen^[7]
- Kuratorin der [Schwäbisch Hall-Stiftung](#) (Stifterin: [Bausparkasse Schwäbisch Hall](#))
- Mitglied des Aufsichtsrats der Naturstrom AG

Wirken

Seitenwechsel zu HSE

Am Oktober 2010 wurde bekannt, dass Scheel zum 1. Februar 2012 für drei Jahre in den HEAG Süd Hessische Energie AG Aufsichtsrat wechseln wird. Die HSE ist ein Energieversorger-Unternehmen aus Darmstadt. Die Aktiengesellschaft gehörte bis 2010 mit 40% zum Energieunternehmen [E.ON](#).^[8]

Bereits nach wenigen Monaten zeichnet sich jedoch das Ende von Scheel im Vorstand der HSE ab. Nach Informationen des Spiegel hat der Aufsichtsrat Scheel das Vertrauen mit dem Ziel einer möglichst schnellen Trennung entzogen.^[9]

Zitate

Pressemitteilung von Christine Scheel zum Wechsel zur HSE:

„Der Wechsel von der Politik an die Spitze des Unternehmens ist eine konsequente Fortsetzung meines Engagements für eine nachhaltig-regenerative Energiepolitik mit dem übergreifenden Ziel des Erhalts unserer natürlichen Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen.“

^[10]

Weiterführende Informationen

- [Webseite von Christina Scheel](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Christine Scheel Vorstand Nachhaltigkeit der HSE ase.ag](#), abgerufen am 09.05.2012
2. ↑ [Grünen-Politikerin Scheel verliert Posten bei Ökostromanbieter](#), [spiegel.de](#) vom 27.4.2012, abgerufen am 9.5.2012
3. ↑ [Christien Scheel ist neue Kuratoriumsvorsitzende](#), [Webseite der Evangelischen Akademie Tutzing](#), abgerufen am 9. 3. 2014
4. ↑ [Rudolf Speth: die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Arbeitspapier 96 der Hans Böckler Stiftung](#), November 2004, S. 9
5. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Handelsblatt](#) vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
6. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel](#) 4. September 2009, Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
7. ↑ [Geschäftsbericht 2012](#), S. 193
8. ↑ [Darmstadt kauft Eon Anteile an HSE ab](#) [faz.net](#), 30.08.2010, abgerufen am 18.10.2011
9. ↑ [Grünen-Politikerin Scheel verliert Posten bei Ökostromanbieter](#), [spiegel.de](#) vom 27.4.2012, abgerufen am 9.5.2012
10. ↑ [Christine Scheel wechselt in den Vorstand der HSE](#) [christine-scheel.de](#), 12.10.2011, abgerufen am 18.10.2010